

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Hfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die nebengefaltene Kolonelle resp. deren Raum 1,- Mark.

Bei 5maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 90.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Adresse: **Witverwand Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Essen.** Druck u. Verlag von **Sandmann & Co., Bochum, Wiemelshäuserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Reichs-Vereinsgesetz mit dem Sprachenparagraphe angenommen!

Als nach Beendigung der vorjährigen Reichstagswahlen die neue, angeblich „nationale Mehrheit“ in den Reichstag einzog und in den „christlich-nationalen“ Gewerksvereinszeitschriften gejubelt wurde: Die Sozialdemokratie hat eine zerschmetternde Niederlage erlitten, sie hat 88 Mandate verloren. Nun ist die Bahn frei für „christlich-nationale Arbeiterpolitik!“ — da haben wir sofort erklärt, es würde sich herausstellen, daß jetzt weit mehr Arbeiter- und Gewerkschaftsfeinde im Reichstag mitzubestimmen hätten. Natürlich wurde auch diese Behauptung mit „überlegenem Spott“ zurückgewiesen.

Wir haben — leider sagen wir — Recht bekommen! Das von der Blockmehrheit des Reichstags angenommene Reichsvereinsgesetz bestreift vollstän- dig unsere Bestrebungen über die sozialpolitischen Qualitäten der jetzigen Reichstagsmehrheit. Was die Zentrumsabgeordneten und Gewerksvereinsführer Schiffer und Giesberts über die schlimme Bedeutung der einzelnen Gesetzesbestimmungen für die Arbeiterbewegung sagten, richtete sich auch scharf gegen diejenigen, die nach Abschluß der Reichstagswahlen über deren „herrliches“, „nationales“, „arbeiterfreundliches“ Ergebnis jubelten. Damals haben sich auch „christlich-nationale“ Gewerksvereinsführer eifrig bemüht, an Stelle zuverlässiger Arbeitervertreter zuverlässige Fehden- und Spitzensprecher in den Reichstag zu bringen. Wäre es gelungen, so wäre die gewerkschaftsfeindliche Mehrheit für das Vereinsgesetz noch größer gewesen.

Fünf Tage hat der heisse Kampf um ein freihändlerisches Vereinsgesetz gedauert. Leidenschaftlich, wildbewegt ging es her, minutenlang brauchten Stürme durch die Reichstagskammern, wenn man mit Schlußanträgen der Kritik den Hals zuschnürte. Denkwürdig wird es bleiben, daß derselbe „christlich-nationale“ Gewerksvereinsführer, der in seinem Blatte vorjährig jubelte über die „zerschmetternde Niederlage der Sozialdemokratie“, während der Vereinsgesetzdebatte eingestanden mußte, wenn die sozialdemokratische Fraktion die ihr verloren gegangenen 88 Mandate noch hätte, dann könnten die vereinsgesetzlichen Ausnahmestimmungen gegen die Arbeiterbewegung nicht auf Annahme rechnen! In der Tat hat die sozialdemokratische Fraktion stets geschlossen, natürlich zuerst für ihre weitergehenden Verbesserungsanträge, als diese abgelehnt, dann stets geschlossen für die von der polnischen und für die von der Zentrumsfraktion gestellten geringeren Verbesserungsanträge gestimmt, also keine Aulose- oder Nichtstunspolitik getrieben. **Unter allen Umständen zuverlässig für die gewerkschaftlichen Bedürfnisse haben sich die sozialdemokratischen Abgeordneten bewiesen.** Das ist auch zentrumsfreundlich anerkannt worden! Sahen statt nur der 48 noch vier vorher 79 sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstage, die bösartigen gewerkschaftsfeindlichen Paragraphen waren rühmlich abgelehnt worden. Diese Vereinsgesetzdebatte ist ein ausgezeichnetes Lehrstück für alle denkenden Gewerkschaftler gewesen.

Der Block, bestehend aus Konservativen, Antisemiten, Nationalliberalen und „Freisinnigen“, übte sich vornehmlich in der Totschweige- politik und stimmte sämtliche, auch die geringfügigsten Verbesserungsanträge nieder. Nur die der „freisinnigen“ Fraktionsgemeinschaft angehörenden Abgg. Balthoff, Reimann-Hofer und Dohrn handelten wirklich freisinnig, indem sie schärflich gegen das Ausnahmengesetz stimmten. Es war außerordentlich wichtig, daß der Vorsitzende der freigewerkschaftlichen Generalkommission, Abg. Legien und der Vorsitzende des christlich-gewerkschaftlichen Gesamtvereins, Abg. Schiffer, dieselben Bedenken gegen die wichtigsten Paragraphen vorbrachten, beide den Nachweis von dem gewerkschaftsfeindlichen Ausnahmeharakter des Gesetzes erbrachten. Von den freien Gewerkschaftlern, den Abgg. Hilbrand-Suttgraf, Brey-Hannover, Hue-Bochum, Sachs-Waldenburg, Severing, Bielefeld und dem christlichen Gewerksvereinsführer Abg. Giesberts-Essen wurden übereinstimmend die wichtigsten Argumente gegen das Gesetz vorgetragen. Was diese Redner aus der Gewerkschaftspraxis vortrugen, erhielt wirksame Ergänzung durch die wiederholten Reden der erfahrenen Juristen Abgg. Heine-Berlin (Sozialdemokrat) und Trimborn (Zentrum). Wenn auch alle diese Beweisführungen an dem unglaublichen Blockanatismus der „Freisinnigen“ — sie sind verantwortlich für das Gesetz! — abprallten, so hat die Debatte doch einen bleibenden Wert. Hat sie doch den Arbeitern bewiesen, welchen großen Verlust sie durch den Ausfall der letzten Reichstagswahlen erlitten haben.

Die für das Schicksal des Gesetzes entscheidenden Debatten und Abstimmungen fanden bei der zweiten Lesung, am 2., 3., 4. und 6. April statt. Die am 8. April erfolgte dritte Lesung war nur noch eine bloße Förmlichkeit. Bei der zweiten Lesung mußte sich zeigen, wie die einzelnen Parteien und Abgeordneten zum Gesetz standen. Deswegen beziehen wir uns in der Hauptsache auf die Debatten und Abstimmungen am 2., 3., 4. und 6. April.

In namentlicher Abstimmung wurde der § 1, der den Gewerkschaften die Organisierung der eingewanderten ausländischen Berufsgenossen unterbinden soll, mit 31 Stimmen Mehrheit angenommen; der § 7, der den berechtigten Sprachenparagraphe, erhielt nur 19 Stimmen Mehrheit; der § 10a, der die Heranziehung jugendlicher Arbeiter (unter 18 Jahren) zur gewerkschaftlichen Organisation verhindern soll, wurde mit 40 Stimmen Mehrheit angenommen. Bei dieser Abstimmung fehlten 14 Zentrumsabgeordnete, die den allerdings ansichtslosen Kampf aufgegeben hatten. Die Abstimmungsergebnisse lehren jedem Arbeiter klar und deutlich, daß, wenn die sozialdemokratische Fraktion die früheren 79 Mandate noch besessen hätte, die gewerkschaftsfeindlichen Paragraphen keine Mehrheit erhalten konnten.

Das Gesetz soll schon am 15. Mai d. J. in Kraft treten. Wir werden seinen Wortlaut in nächster Nr. abdrucken und behalten uns vor, auf die parlamentarische Auseinandersetzung noch zurückzukommen. Ein reichhaltiges Anlagematerial über die polizeilichen Schikane gegen Wirte und unliebbare Versammlungen brachte unser Kamerad Sachs in seiner Rede zu den §§ 11 und 11a vor, die ganz horrenden Strafen für die Übertretung des Gesetzes vorsehen. Sachs schilderte, wie in Schlesien, Mitteldeutschland und Westdeutschland die Polizei nicht nur schwerer wirtschaftlicher

Schädigung der Wirte zurückschreckte, die uns ihr Lokal vermieten. Daß alles nichts, der Block stimmte jeden Verbesserungsantrag nieder. Für heute wollen wir nur noch eines „Arbeitervertreter“ gedenken, dessen Name ohnehin im Laufe der letzten Wochen in Verbindung mit einer blamablen Affäre genannt worden ist.

Herr Abg. Franz Behrens, Generalsekretär des christlichen Gewerksvereins der Bergleute, hat den Gewerkschaftsfeinden weitere Hilfe geleistet! Behrens stimmte wiederholt mit für Schluß der Debatte, wenn noch Redner der Polen, des Zentrums und der Sozialdemokratie zu Wort kommen wollten! Behrens stimmte gegen Verbesserungsanträge, die zugunsten der Gewerkschaften und der Vereinsfreiheit der fremdsprachigen und der ausländischen Arbeiter gestellt waren!!!

Behrens, Vorsitzender des christlichen Arbeiterkongresses, Generalsekretär des Gewerksvereins, stimmte gegen Verbesserungsanträge, die von dem Arbeiterkongress und dem Gewerksvereinsvorstand bekräftigt waren!!!

Behrens stimmte sogar für den § 7 (Sprachenparagraphe), der das bisherige Recht der polnischen, tschechischen, italienischen usw. Arbeiter, sich auch in öffentlichen Versammlungen ungehindert ihrer Muttersprache zu bedienen, beseitigt!!!

Schließlich war der Mann noch zu feige, die Konsequenzen seines Tuns zu ziehen. Während er in der entscheidenden zweiten Lesung für den § 7 stimmte, hat sich der „christliche Generalsekretär“ in der dritten Lesung der Schlußabstimmung — enthalten! Am 5. April noch rühmte sich Herr Behrens im Evangelischen Arbeiterverein Essen-Mittelscheid, für den § 7 gestimmt zu haben, weil der Minister versichert habe, die Gewerksvereine zu schonen. Drei Tage später war dem Generalsekretär der Mut schon ganz in die Hofen geraten, nun enthält er sich feige der Abstimmung. Ein „christlich-nationaler“ Bruchtreppentakt!

Was muß mit einem solchen „Generalsekretär des Gewerksvereins“ geschehen? Als „Gewerkschaftler“ hat sich der Mann unendlich gemacht! Kein ernsthafter Gewerkschaftler wird mit Herrn Franz Behrens noch zusammenarbeiten können. **Daß einer der „berühmtesten“ christlich-nationalen Gewerksvereinsführer als Reichstagsmitglied mithilft, Ausnahmestimmungen gegen die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung zu beschließen, das ist in der Vereinsgesetztragedie der allerblamabelste Akt!** Der Mann ist für die Arbeiterbewegung erledigt, sein Platz ist im Bureau der zentralindustriellen Scharfmacher.

Das empfindliche Ausnahmestimmungen, insbesondere gegen die in der Bergwerks- und Hüttenindustrie sehr zahlreichen polnischen, tschechischen, italienischen usw. Arbeiter enthält der § 7. Um ihn wurde am leidenschaftlichsten gekämpft. Die Abgeordneten Spahn, Radziwill, Legien, Vonderfcher, Hansen, Hue, Brejstki und Korfanty haben sich redlich bemüht, wenigstens diesen Paragraphen zu Fall zu bringen. Für den Sprachenparagraphe traten ein die konservativen, antisemitisch-christlich-sozialen, nationalliberalen und „freisinnigen“ Redner und die Regierung. Mit 196 „freisinnig“, nationalliberalen-antisemitisch-christlich-sozial-konservativen gegen 177 Stimmen der Sozialdemokraten, Zentrumler, Polen und den drei genannten wirklich freisinnigen Abgeordneten wurde der unselige Paragraph angenommen! Ein schwarzer Tag für Deutschland.

Unser Kamerad Hue hat die Gefährlichkeit des Sprachenparagraphe für die Gewerkschaftsbewegung dargelegt. Zwar erklärte darauf der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg, der § 7 sei nicht auf Befehl der Industriellen gemacht, aber wer kann denn verlangen, daß sich die Regierung selbst belaste? Die Abgg. Legien, Hue und Korfanty forderten in der zweiten Lesung den Herrn Franz Behrens auf, doch endlich zu sagen, was Willow zu der von ihm (Behrens) geführten christlich-nationalen Arbeiterdeputation gesagt habe. Franz Behrens schwieg! Erst in der dritten Lesung brachte Behrens seine von der „Germania“ schon vorher bestrittene Behauptung vor, dann — als ob diese Szene von den Älteren vorher einstudiert worden sei — erhob sich der Staatssekretär, verlas eine Behrens unterstützende Erklärung Willows und darauf wurde durch prompten Debatte-Schluß unserm Kameraden Hue das Wort abgehandelt! So wirkte der „Generalsekretär des christlichen Gewerksvereins“ als getreuer Helfer einer Regierung, die angeschuldigt worden ist, den Sprachenparagraphe der Großindustrie zuliebe in das Vereinsgesetz hineingetragen zu haben. Dieser Paragraph ist gerade für die Gewerkschaften gefährlich, deshalb auch haben die Ausführungen unseres Kameraden Hue so großes Aufsehen erregt. Wir bringen nachstehend die Rede Hue's wegen ihrer Bedeutung für die Gewerkschaftsarbeit wörtlich zum Abdruck:

Rede des Abgeordneten Hue zum § 7.

Meine Herren, der Herr Staatssekretär hat vorhin eine wichtige Feststellung gemacht, die ich wegen ihrer Wichtigkeit nochmals unterstreichen möchte. Auf eine Anregung des Herrn Abgeordneten Graef hat der Herr Staatssekretär erklärt, daß die viel erörterten bedenklischen Bestimmungen des § 7 nicht auf die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen angewandt werden sollen. Auf die Aufforderung des Herrn Abgeordneten Müller (Meiningen) hat der Herr Staatssekretär erklärt, daß er mit seiner von Herrn Graef erbetenen Erklärung nicht ein einseitiges Recht, eine einseitige Verwaltungspraxis schaffen sollte. Ich konstatiere also, daß die Erklärung, die der Herr Staatssekretär abgegeben hat, in vollem Umfange in ihrer günstigen Auslegung auch auf die freien Gewerkschaften zutrifft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, anders ist es auch nicht anzufassen, da gestern noch mit großer Verehrtheit der Herr Staatssekretär die Einseitigkeit des Rechts als notwendig für die Einheit des Deutschen Reichs vorausgesetzt hat.

Meine Herren, der Abgeordnete Müller (Meiningen) hat sich außerordentlich beherzt geäußert darüber, daß mein Kollege Legien einen

Artikel zitiert hat, der ihm, Herrn Müller, zugeschrieben worden ist, aber von ihm nicht herrührt. Ich begreife die Aufregung des Herrn Kollegen Müller (Meiningen) gar nicht. Dieser Artikel enthält so gesunde liberale, demokratische Gedanken, daß ich nur jeden demokratisch, freisinnig denkenden Volkvertreter beglückwünschen kann, wenn er solche Gedanken ausspricht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Herr Kollege Müller (Meiningen) sich aber lebhaft dagegen verweigert, daß er es sei, der solche freihändlerischen, demokratischen Gedanken in dem Artikel niedergelegt hat, dann läßt das allerdings den Schluß zu, daß unser Kollege Legien — darin erkenne ich nicht etwa eine „Infamie“, sondern eine große Gutmütigkeit unseres Kollegen Legien — den Herrn Kollegen Müller (Meiningen) sehr überschätzt hat. (Sehr gut! und Fehlerhaft bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Payer (Zuruf: von Payer!) — ich glaube nicht, daß der Herr Kollege Payer besonderen Wert auf das Wörtchen „von“ legt — ich sage der Herr Abgeordnete Payer hat in einer Weise gegen unsere Partei geredet, daß, wer es nicht besser möchte, annehmen könnte, das was er gesagt hat, richte sich lebhaft gegen unsere Partei und sei ein Ausfluß der Erregung, in die den Herrn Kollegen Payer die Angriffe unserer Partei hineingerieben hätten. Demgegenüber möchte ich konstatieren, daß die besten Männer der süddeutschen Volkspartei — ich nenne nur die Herren Wisser, Lütke, Elsch, auch der größte Teil des Ausschusses der süddeutschen Volkspartei, sich in bezug auf die Bedeutung dieses Gesetzes und insbesondere in bezug auf die Bedeutung des § 7 ebenso scharf ausgesprochen haben, wie es von sozialdemokratischer Seite geschehen ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich konstatiere daher, daß der Herr Kollege Payer nicht nur gegen uns gesprochen hat, sondern, daß er mit seiner Rede ungewisselhaft auch gegen seine politischen Freunde in Süddeutschland Front gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Kollege Müller (Meiningen) und auch der Herr Kollege Payer haben versucht, die Sozialdemokratie bezug. den sozialdemokratischen Kommunistenmitgliedern quasi die Schuld an dem Nichtzustandekommen eines besseren Gesetzes aufzuhalsen. Der Versuch ist total vorbeigefahren. Ich möchte nur das eine sagen:

Ich spreche insbesondere vom Standpunkte des Gewerkschaftlers gegen die Vorlage.

Ich habe mit Aufmerksamkeit die sämtlichen Stadien der Verhandlungen in der Kommission verfolgt. Von meinem Standpunkt als Gewerkschaftler, der mit der Praxis des Vereinsgesetzes viel zu tun hat — wie es eben ein Gewerkschaftler zu tun haben wird und haben muß — kann ich nur sagen, daß unsere Parteigenossen in der Kommission sich bei allen Gelegenheiten so verhalten haben, wie wir es im Interesse unserer Gewerkschaftsbewegung zu wünschen hätten.

Meine Herren, es hat hier in diesen Tagen wiederholt das Wort gellungen von der „nationalen Existenz“. Es ist so borgefellt worden, als ob dieses Gesetz, das uns vorliegt, eine „nationale Existenzfrage“ im § 7 regelt. Ich bestreite das ganz entschieden. Ich werde den Nachweis führen, daß die Herren von der freisinnigen Partei durch die sogenannte „nationale“ Klusse getäuscht werden über das, was das Gesetz eigentlich will. (Sehr richtig! bei den Polen.) Zunächst will ich mal feststellen: wie kann man, von einer nationalen Existenzfrage reden bei einer Gesamtzahl von nur etwa 5 Millionen Fremdsprachiger im ganzen Reich gegenüber einer Gesamtbevölkerung von 60 Millionen? Wenn ein erwachsener Mensch sich an einem Kinde, das in der Wiege liegt, vergeißt, haben Sie da nicht das Gefühl auch, daß da eine Barbarei ersten Ranges vorliegt? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Polen. Zurufe: Notwehr!) Ist das etwa Notwehr, wenn sich ein riesenstarker Mann an einem Kinde vergeißt? Ich habe mir erlaubt, auf dem Tisch des Hauses eine Broschüre niederzulegen, sie ist betitelt:

Polen in Strafbergrwerken.

Darin können Sie den Einfluß der chauvinistischen Hege, die gegen eine so kleine Gruppe unserer Landesangehörigen getrieben wird, ausgedrückt finden. In dieser Broschüre finden Sie die unseligen Folgen der Willkürlichen Verhewegungspolitik! Der Autor ist schon so weit gekommen, vorzuschlagen, die polnischen Arbeiter aus den Gruben und Hütten herauszutreiben und an ihre Stelle

Zuchthäuser und Strafzangene zu setzen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Polen.) **Meine Herren, das ist nicht mehr Nationalismus, das ist Sadismus.** (Sehr richtig!) Da ist aber, glaube ich sagen zu dürfen, die notwendige Folge der geradezu beschämenden Hege gegen eine im Verhältnis zu der großen Masse der Bevölkerung sehr kleine Minderheit, die sich ausnimmt wie das Kind, das in der Wiege liegt, gegenüber einem riesenstarken erwachsenen Menschen.

Man hat viel vom Nationalgefühl gesprochen. Meine Herren, Sie mögen uns Sozialdemokraten das Nationalgefühl abspreden, soviel Sie wollen. Ich will Ihnen aber sagen:

wir fühlen uns als Deutsche.

wir fühlen uns als Angehörige der deutschen Nation und eben deswegen schämen wir uns als Deutsche (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten), einen solchen Paragraphen anzunehmen. (Lebhafte Bravo bei den Polen und Sozialdemokraten.) Meine Herren, ich hätte wiederholt Gelegenheit, im Auslande zu weilen; habe wiederholt dort Gelegenheit gehabt, die ausländischen Arbeiterverhältnisse kennen zu lernen. Ich kann Ihnen sagen: es ist nicht alles besser im Auslande als bei uns, es ist manches in Deutschland besser als im Auslande, aber es ist auch manches da im Auslande, das ich gerade im Interesse unserer deutschen Nation uns ebenfalls wünschte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist es eben, was ich betonen möchte: Herr Staatssekretär, mit allen Ihren Ausführungen, die Sie gemacht haben, können Sie das eine nicht vermischen: **ich habe sowohl in England wie in Frankreich und in Belgien, ebenso in den fremdsprachigen Ländern Oesterreichs ohne jede polizeiliche Behinderung in meiner Muttersprache reden dürfen.**

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe überall dort die Arbeiter aufklären dürfen über die Ziele der Gewerkschaftsbewegung — ich werde gleich Gelegenheit nehmen, einen speziellen Fall vorzutragen. Da fragt es sich doch: wollen wir uns denn in der Loteranz gegen Anderssprachige vom Auslande beschämen lassen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine, wir haben als Deutsche alle Veranlassung, gerade in einer so wichtigen Angelegenheit uns nicht auf Ahnwege drängen zu lassen. (Sehr gut! bei den Polen.) Meine Herren, einmal wird erklärt, es geht nicht gegen die Polen, das andere Mal heißt es anders. Der Herr Staatssekretär hat gesagt: Deutschland als Nationalstaat muß eine einheitliche Versammlungssprache haben. — Ja, meine Herren, wenn das der Fall ist, wenn sich der § 7 nicht gegen die Polen als nationale Sprachgruppe richtet, wie ist es denn zu erklären, daß unter Nr. 259 der Drucksachen des preussischen Abgeordnetenhauses die Herren Abgeordneten Greth und Gensler — und das sind hant Reute die hier für den § 7 stimmen werden — Ausnahmestimmungen zu

Dunkeln der italischnen, mafureischen und wendischen Sprache, in öffentlichen Versammlungen verlangen? Die Herren vom Zentrum, unter Führung des Herrn Abgeordneten Frevors beantragen darauf im Landtage mit vollem Recht auch die Befreiung der waldonischen und der wendischen Sprache von der Ausnahmebestimmung. Ich darf doch wohl annehmen, daß die Herren Reich und Genossen nicht gerade ganz unbeeinträchtigt mit den Regelungen sind. Wenn diese Herren heute nicht im Reichstag erklären, es handele sich um den „nationalen Staat“, es handele sich nicht um ein Ausnahmefestgesetz gegen eine bestimmte Sprachengruppe, dann widersprechen dem die Urträge, aus denen deutlich hervorgeht, daß lediglich eine bestimmte Gruppe unserer Landesbewohner getroffen werden soll.

Dasselbe geht auch aus der Resolution Grégoire, Anbrasse, de Wendel heraus, die eine Ausnahmebestimmung in Bezug auf die französische Sprache verlangt. Es hat mich gefreut, daß ein Kaiser und auch ein Vorkämpfer nicht dem Belgier folgt, was Herr Grégoire erklärt hat und was auf das alte Sprichwort hinausläuft:

O heil'ger Florian,
Beschütze mein Haus
Glaub' an's andre' an!

(Sehr gut bei den Sozialdemokraten). Ich möchte an Herrn de Wendel, der Mitunterzeichner dieses Urtrages ist, die Frage richten, ob er denn nicht auch den italienischen Arbeitern, die zu Tausenden in den lothringischen Gebieten arbeiten, zu diesen Hunderten auf den Werken des Herrn de Wendel arbeiten, das Recht auf ihre Muttersprache in öffentlichen Versammlungen gewähren will? Ich möchte doch feststellen, daß der Mitunterzeichner dieses Urtrages, Herr de Wendel, es unterlassen hat, die ihm sehr wohl bekannten sprachlichen Verhältnisse im lothringischen Industriegebiet dadurch zu berücksichtigen, daß auch die vielen tausend italienischen Arbeiter vorzugsweise auf den Gebrauchs ihrer Muttersprache freihandelt behandelt werden. Das allein schon führt zu dem Schluß, daß so, wie Herr de Wendel, ein Großindustrieller, nichts dagegen hat, wenn seinen italienischen Arbeitern das Recht auf ihre Muttersprache beschränkt wird, überhaupt der ganze § 7 nichts anderes ist als ein Werk der Industrieherren, ein bestelltes Werk des Zentralverbandes der Industriellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und in der Mitte. — Widerspruch.) — Ich werde Ihnen gleich einen Nachweis dafür liefern, Herr Staatssekretär. Sie haben nicht auf das geantwortet, was mein Kollege Legien in dieser Beziehung gesagt hat.

Meine Herren, interessiert nur es für mich von einem Vertreter der christlich-nationalen Weltanschauung, dem Herrn Abgeordneten Graf zu Hohenhausen, daß Macht vor Recht geht.

(Seiterkeit). Das sagen dieselben Herren, die uns hier so viele Stunden unserer Sitzung gerahmt haben mit beweglichen Klagen über den „Pecorinismus“ der freien Gewerkschaften. Also Macht geht vor Recht! Wie verhält sich denn das mit der christlichen Weltanschauung? (Sehr gut in der Mitte). Wie verhält sich das mit den Lehren, die der große Menschenfreund aus Nazareth uns hinterlassen hat, der sagt: „Was ihr dem Geringsten unter euch tut, das tut ihr mir?“ Wenn die christliche Weltanschauung so ja nach dem

Hausbedarf der politischen Parteien

ausgelegt wird, dann dürfen Sie sich nicht wundern, daß in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes, insbesondere der Arbeiterchaft, der Glaube an die Lieberzeugung der Leute, die die Christlichkeit in die Hände führen, immer mehr schwandert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Meine Herren, wir kommen in den nächsten Tagen in die Passionszeit hinein. Wie bitten Sie da in die uns ja aus der Christenlehre bekannte Klage einzustimmen über den großen Menschenfreund, der auf Golgatha hat sterben müssen?

Warum hat er bluten müssen?

Wäre er so gewesen, wie Sie, seine sogenannten Nachfolger, hätte er Macht vor Recht erklärt, hätte er sich an den Tisch der Reichen und der Mächtigen gesetzt, so würde er nicht nach Golgatha geschleppt, sondern vielmals wohlbestallter Sophräber am Hofe des Statthalters Pontius Pilatus. (Sehr gut!) Der Herr Abgeordnete Dr. Müller (Meinungen) hat sich auch darüber beschwert, daß in der sozialdemokratischen Presse der freisinnigen Partei der Vorwurf gemacht wurde, es sei in dem § 7 ein Eingriff für die Annahme des Wirtengesetzes zu erblicken. Ich kenne ja die Verhandlungen hinter den Kulissen nicht, nehme aber zu Ehren der freisinnigen Herren an, daß es sich so verhält, wie sie es darstellen. Dann sollen sie doch aber ihre Angriffe nicht gegen uns richten, wenn sie die Erklärung Wirtengesetz und Sprachenparagraf zusammengerempelt werden. Ich habe hier eine Nummer der „Westdeutschen Zeitung“, die viele Artikel aus konservativen Federn, besonders des „Rigantat Mann“ bringt. Sie ist eine evangelisch-konservative Zeitung. Man heißt es in dieser Zeitung unter dem 28. März, also als der Kompromiß zwischen Liberalen und Konservativen schon fertig war — die Zeitung erscheint in Essen — also da heißt es — ich bitte aber den Herrn Abgeordneten Müller (Meinungen), sich nicht aufzuregen (Seiterkeit):

Bilow fortunatus! Wieder ist's dem Kanzler geblüht, die Parteien rechter und linker Hand auf einer mittleren Linie zu einen — der böse Sprachenparagraf im Vereinsgesetz ist geföhrt, wenn er auch ein wenig bemantelt wurde:

Schleiben ist uns doch der Kern, Und den laßt uns festhalten, Und den laßt fest uns halten!

(Hört, hört!). Sie sehen, die Konservativen wissen ganz genau, worum es sich handelt. Sie sagen, daß der Kern der Regierungsvorlage geblieben ist. Dann wird dargestellt, wie die Diners bei dem Fürsten Bülow verlaufen sind und was unter Umständen in der Dinerstimmung alles fertig gemacht werden kann, und schließlich heißt es:

Freilich, zu dem sanften Druck Bülows war ein recht kräftiger von rechts hinzugekommen. Die Konservativen haben die Vorforschungsreform mit allen möglichen Verbesserungsansätzen beauftragt, die nach freisinniger Behauptung eine solche Reform überhaupt unmöglich machen. Dadurch hatten sich die Konservativen bereits eine Reihe von Kompensationsobjekten gesichert. Und als dann zu diesem Druck Bülows zuzuden kam, als auf dem Diner „die Reduktion in ihre Rechte trat“, da hätte man ja geradezu ein Verdienstlein mit einem marmorfaulen Herzen sein müssen, wenn man da nicht weig geworden wäre.“

(Hört, hört! Seiterkeit). So urteilt ein Blatt das sich in der Kartellbeschränkung befindet, über die Motive, die die Freisinnigen zu der Annahme des Gesetzes verleitet haben sollen. Sie werden zugeben, logischer kann man nicht vorgehen, als daß man Sie mit Ihren Familiennachrichten bedient. (Große Seiterkeit).

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Müller (Meinungen) hat die Behauptung, daß dieses Gesetz mit der Börse verknüpft wäre, eine „infame Verdächtigung“ genannt, das unterstreiche ich besonders. Sie wissen also, Herr Kollege, wohin dieser Vorwurf nunmehr zu richten ist, an ihre Mandatgeber. Ein anderes Blatt, das ich erwähne, weil Herr Dr. Müller aus München ist, und was er vielleicht gelesen hat — es ist „Der Arbeiter“, Organ für die katholischen Volkvereine von Süddeutschland, eschönort ist München (Zuruf links), bitte sehr, unter Umständen kann auch in einem Zentrumsblatt ein „ni etwas gan, Gedächtnis stehen (Seiterkeit), dieses Blatt schreibt am 29. März — (Worte des Präsidenten).
Vizepräsident Dr. Baasch: Ich möchte die Herren in der Nachbarschaft des Herrn Wehrens bitten, in der jüdischen Fremdsprache zu halten, unsere Verhandlungen werden dadurch nur in die Länge gezogen.
Sie, Abgeordnete: — aber interessanter werden sie jedenfalls. (Seiterkeit).
Also dieses Organ schreibt:

„Eines mit Vorkensped gemischten Zinsennisses wegen (Seiterkeit) hat der Liberalismus Recht und Freiheit verraten, hat er einem politischen Ausnahmefestgesetz gegen die Polen, einem Ausnahmefestgesetz gegen die Arbeiter seine Zustimmung gegeben.“

Sie sehen, wie außerhalb der Sozialdemokratie über die Motive der Konföderation-liberalen Raamung gerichtet wird. Meine Herren, diese Geschichte von dem mit „Vorkensped gemischten Zinsenniss“ wird fortleben in der Erinnerung derer, die das gelesen haben.

Meine Herren, dann hat der Herr Kollege Sieber moniert, daß das Zentrum und die Sozialdemokratie in dieser Sache zusammenstimmen. Das ist doch die Schuld der Freisinnigen und Liberalen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Ich glaube, die Zentrumsherren werden mich nicht als ihren besonderen Freund anerkennen. Ich sage, daß wir mit dem Zentrum in dieser Frage zusammenstimmen müssen, daß für diese Partei, die geradezu gloriose Gelegenheiten gekommen ist, sich als Beschützer von Freiheit, Wahrheit und Recht anzupreisen, ist die Schuld der Nationalliberalen und Freisinnigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Meine Herren, der Herr Kollege Müller (Meinungen) hat eine Reihe von Ausdrücken, die allerdings sehr kräftig waren. — Sie hätten ganz gut unterbleiben können, das gebe ich zu — Ausdrücke aus politischen Tagesgesprächen, gegen die freisinnige Partei gerichtet, verlesen. Nun, ich habe hier einen Artikel aus der „Westdeutschen Post“, Publikationsorgan der Christlich-Nationalen Arbeitervereine von Rheinland und Westfalen. Ich will ihn mit der Verlesung der ansehnlichst scharfen beurteilenden Worte versehenen (Zurufe) die diese freisinnige Arbeiterzeitung gegen die Partei des Herrn Kollege Müller (Meinungen) richtet. Schon deswegen damit versehen, weil ich weiß, daß das der Gesundheit des Herrn Kollege Müller (Meinungen) sehr schädlich sein würde. (Große Seiterkeit). Sie haben doch gesehen, daß sich Herr Kollege Dr. Müller (Meinungen) nicht verhalten, aufrecht über Ungeheuer auf seine Person. (Erneute große Seiterkeit) — Jurist links). Ich bin ein viel zu guter Mensch, um nicht Rücksicht auf die Gesundheit des Nebenmenschen zu nehmen. Aber ich will das eine sagen: In Bochum ist vor wenigen Tagen von dem freisinnigen Verein, also dem direkten politischen Gegenstand des Herrn Dr. Müller (Meinungen), die freisinnige Partei aufgefordert worden, insbesondere gegen den § 7 des Gesetzes zu stimmen, und es heißt in dem Beschluß:

„Die Ausnahmebestimmungen gefährden besonders die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterchaft des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, da sie die gewerkschaftliche Bewegung hier zum Stillstand bringen werden.“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten).
Sie lernen da dieselbe Anschauung kennen, die auch schon von Seiten eines christlich-nationalen Arbeitervertreter hier ausgesprochen worden ist, die ebenfalls wir aussprechen. Ich werde den Nachweis liefern, daß dieses Gesetz in seinem § 7 nicht die Fremdsprachigen wirtschaftlich schädigt, sondern daß dieser § 7 ein

Ausnahmefestgesetz gegen die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist! Meine Herren, gelten beim die freisinnigen Wähler draußen im Lande garnichts mehr für Sie? Ist das ganz gleichgültig für Sie, was in, so und so vielen Versammlungen, liberalen, freisinnigen, auch sogar nationalliberalen vorliest wird, ich sage, ist das ganz gleichgültig, was so viele Ihrer Parteigenossen von Ihren Abgeordneten verlangen? Meine Herren, ich kann wohl sagen,

eine solche Autokratie der Gewählten

entspricht auch nicht dem allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrecht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Ich glaube, auch unser Herr Kollege Cuno hat am Sonntag die Erfahrung machen müssen in Hagen, daß es doch nicht gleichgültig ist, für den § 7 zu stimmen, ohne sich um die Stimmung der Wähler draußen im Lande zu kümmern.

Meine Herren, dieser Paragraf — ich bestimme mich, da im gewissen Gegensatz zu den Herren Kollegen Weitzel usw. — trifft nicht in erster Linie die Polen als solche, wenn man auch die Wölfe der Galatiken ist. Erstens einmal soll das Sprachenverbot einstweilen nicht gelten für die ersten mit über 60 Prozent Fremdsprachigen, zweitens soll es nicht gelten in Wahlgelieten, auch gerade in Zeiten, wo die politische Lebenskraft am lebhaftesten ist. Wir wollen den Paragrafen überhaupt nicht geltend haben. Drittens soll es nur für öffentliche Versammlungen gelten, also nicht für Vereinsversammlungen. Nochmals gesagt, wir wollen den Paragraf überhaupt nicht gelten lassen. Aber seine Wirkung wird anders ausfallen, wie manche seiner Freunde glauben.

Der Herr Kollege Bayer sagte, der § 7 sei notwendig wegen der sprachlichen Uebereinkunft. Das ist vollständig unrichtig. Herr Kollege, dieser § 7 spricht allgemein von öffentlichen Versammlungen, auch solchen, die nach dem Gesetz nicht polizeilich überwacht zu werden brauchen, also allgemein von allen Versammlungen. Darum hat das Sprachenverbot ganz andere Konsequenzen als Herr Bayer annimmt. Wir können also darauf gefaßt sein, daß auch bei Gesangsvereinen, bei Turnvereinen, bei sonstigen geselligen Vereinen, wenn sie sich konstituieren, in einer öffentlichen Versammlung, dieses Sprachverbot in Kraft tritt. Aber das wichtigste: wenn die Herren von der galatikanischen Partei, zu welchen ich die Herren vom Freisinn nicht rechne, wirklich der Lieberzeugung wären, durch solche Paragrafen und Gesetze die politische Agitation lähmen zu können, müßten sie radikal das Verbot der polnischen Sprache in allen Vereinen und Versammlungen überhaupt ansprechen. Auch dann würden Sie die polnische Bewegung nicht verhindern können; so wenig wie Sie uns durch das Sozialistengesetz haben aufhalten können.

Meine Herren, was kommt darum zum Vorschein? Dieser Paragraf trifft nicht die Ostmärk, um die die galatikanischen Kämpfe toben und auch nach dem § 7 einstellend: die Versammlungssprache in einer Reihe Kreise freigegeben wird, sondern die Westmärk.

trifft die Arbeiterchaft in Westdeutschland.

Dort ist nicht ein einziger Bezirk, in dem die Zahl der Polen oder der sonstigen fremdsprachigen Einwohner über 60 Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt. Gerade uns in Westdeutschland schlägt der § 7 neue Fesseln. Sie haben sich unwillig für die christlich-nationale Arbeiterorganisation ausgesprochen, meine Herren, nicht mit Worten nur wollen die Arbeiter gesprochen werden, sie wollen auch Taten sehen. Von diesem § 7 wird die ganze Arbeiterbewegung aufs schwerste getroffen.

Ich habe hier die „Christliche Bauergewerkschaft“, Organ des christlich-nationalen Bauarbeiterverbandes. Dieses Blatt erklärt ohne Umschweife, wenn dieser Paragraf in das Gesetz kommen sollte, dann lieber die Weibehaltung des jetzigen Zustandes. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es heißt weiter:

„Versteht man denn bei uns garnichts, Politik mit dem Volke zu machen? Es hat leider den Anschein. Nur einige Interessierte freuen sich, wenn die ausländischen Arbeiter nun vollständig ausgeliefert werden.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das christlich-nationale Blatt konstatiert weiter ausdrücklich, daß tatsächlich die inländischen Arbeiter von diesem Paragrafen betroffen werden. Dasselbe konstatiert auch die „Westdeutsche Post“, das Organ der Christlich-Nationalen Gewerkschaften. Und nun, meine Herren, gestatten Sie mir, das eine festzustellen: Ein christlich-nationaler Arbeiterführer, Herr Kollege Schiffer, hat gestern mit vollem Recht die Gefährlichkeit der einzelnen Paragrafen für die Gewerkschaftsbewegung dargelegt. Wir werden jetzt zur Abstimmung über § 7 kommen, und wenn er, was wir im Interesse der Arbeiterchaft und des ganzen Volkes, bezüchten möchten, angenommen werden sollte, dann wird sich zeigen, daß es sich dabei nur um wenige Stimmen Mehrheit handelt. Nun denken Sie daran, wie es im vorigen Jahre selbst in Kreisen von Arbeitern — die sich heute freuen würden, wenn das Gesetz in dieser Form nicht zustande käme — hejubelt worden ist, daß wir 36 Mandate weniger erhalten haben.

Sätten wir heute diese 36 Mandate mehr?

so wäre die Annahme des § 7 einfach unmöglich! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten — Zurufe aus der Mitte). — würde ein solches Gesetz mit einem solchen Anhebeparagrafen einfach abgelehnt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich wiederhole: Wenn ich mir vorgegenwärtige, was für Versprechungen man den christlich-nationalen Arbeitern bei den letzten Reichstagswahlen gemacht hat, wie man ihnen den süßesten Brei um den Mund geschmiert hat, und wenn ich nun sehe, was für ein Gesetz ihnen jetzt gegeben werden soll, dann muß ich schon sagen: Diesmal sind die Arbeiter

nach einmal auf den Reim geschöpft,

ob sie es aber das nächste Mal tun werden, trotz all der schönen Worte, ist eine andere Frage. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Ich konstatiere abermals und unterstreiche es ausdrücklich: Wenn wir Sozialdemokraten die 36 Mandate, die wir durch die Wahlen verloren haben, noch besäßen, dann würde dieser leidenschaftliche Streit über die heiligen Güter des Volkes hier nicht zum Schaden der Bedrohten entscheiden werden. Daß das deutsche Volk diesmal zum Diktator ein ähnliches Geschenk erhält wie 1902 zu Weihnachten den Poltaris, das ist nur möglich, weil die sozialdemokratische Fraktion nicht mehr 79, sondern nur noch 43 Stimmen für die Volksfreiheit in die Wagtschale werfen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man wundert sich bei den Herren von der freisinnigen Partei, daß auch Leute, die auf einem gewerkschaftlich-neutralen Standpunkt stehen wie ich, trotz mancher Meinungsverschiedenheiten treu zur Sozialdemokratie stehen. Ja, meine Herren, wenn die deutsche Arbeiterchaft draußen die Verhandlungen dieses Hauses liest und erfährt, wie die Abstimmungen gemein sind, dann können Sie sich darauf verlassen: mehr noch als früher wird die Arbeiterchaft, insbesondere in den freien Gewerkschaften organisierte, in

der sozialdemokratischen Partei ihre zuverlässigste Vertretung hier im Parlamente suchen lernen. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe gesagt, der § 7 kommt auf dem Bureau des Zentralverbandes der deutschen Industriellen gemacht worden sein und frage

nun den Herrn Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, ob es richtig ist, was mein Freund Legien hier ausgeführt hat, daß, als vor einigen Monaten die Deputation christlich-nationaler Arbeiter beim Reichstagspräsidenten Bülow in Potsdam war, bei dieser Gelegenheit der Reichstagspräsident der oberste Beamte des Reichs, dieser Arbeiterdeputation gesagt hat: Entweder! Dieser Paragraf ist nicht von der Regierung gewollt worden (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), sondern er ist von der

rheinisch-westfälischen Großindustriellen gewünscht worden. — das ist die eine Version; ich will aber, um Ausschluß zu verhindern auch noch fragen: Ober hat der Herr Reichstagspräsident der Arbeiterdeputation erklärt, daß dieser § 7 nicht auf Veranlassung der Regierung, sondern auf Wunsch der Nationalen, insbesondere der nationalliberalen Partei in das Gesetz gekommen ist; oder läuteten die Worte des Reichstagspräsidenten etwa ähnlich so? Meine Herren, ich habe die Frage an den Herrn Staatssekretär gerichtet — und glaube, sie ist im Interesse der Klärung über die Geschichte dieses Paragrafen sehr wichtig.

möchte die Aufforderung auch an den Herrn Abg. Wehrens richten

— er hat ja die Deputation geführt und bisher auf die betreffenden Ausführungen des Abg. Legien nicht geantwortet — daß er uns genau sagt, was der Reichstagspräsident über diesen für unsere Gewerkschaftsbewegung hochwichtigen Paragrafen gesagt hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Kollege Legien hat auch schon angeführt, daß sich die „Germania“ bei der Darstellung auf das Zeugnis des Herrn Kollegen Wehrens beruft. Wir haben also zwei kundige Herren hier — es wäre sehr vorteilhaft, die Sache hier gleich zu erledigen — die der Deputation beigegeben haben; die aus dem Munde des Herrn Bülow entweder die eine oder die andere Erklärung über den § 7 gehört haben: Also, Herr Wehrens, wir warten auf Ihre Erklärung. Wir werden ja hören, was der Herr Staatssekretär dazu sagt. Ich behalte mir vor, dann bei anderer Gelegenheit — ich glaube, der Schluß der Debatte wird ja gleich eintreten — mit den notwendigen Aktenstücken auf die hochwichtige Sache zurückzukommen.

Ich behaupte positiv, daß dieser § 7 auf Veranlassung des Zentralverbandes der deutschen Industriellen gemacht ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich behaupte es deswegen positiv, weil eine andere Erklärung für die merkwürdige Fassung, in der der Paragraf vorliegt, gar nicht möglich ist. Ich behaupte, daß die Herren von der freisinnigen Partei über die Entstehungsurache dieses Paragrafen falsch unterrichtet worden sind (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), daß alles das, was der Herr Staatssekretär über „nationale Notwendigkeit“ gesagt hat, des Wibel's Stern nicht trifft.

Meine Herren, wie die Sprachfrage durch den § 7 jetzt geregelt werden soll, ist es das westdeutsche Industriegebiet, das — mit Ausnahme des reichsständischen Gebietes Glatz — der ja ausgenommen ist — von diesen Paragrafen getroffen wird. Wir haben im westdeutschen Industriegebiet Hunderttausende fremdsprachiger Arbeiter. Wie haben vor allen Dingen — ich will es gleich näher darlegen — viele Hunderttausende polnischer Arbeiter. Wie können die „eigentlich“ nach Westdeutschland? Da ist zunächst zu unterscheiden: was die Vertreter der polnischen Fraktion gesagt haben: durch die geradezu unerbittliche Polenpolitik in Preußen sind Tausende von polnischen Arbeitern aus ihrer Heimat getrieben worden. Das will ich aber noch durch einen typischen Fall beweisen. In meinem Wahlkreise wohnt ein polnischer Arbeiter, der hatte keine Lust nach Westdeutschland zu gehen. Er hatte in Oberschlesien stattliche Ländereien, aber nur eine baufällige Hütte; er konnte mit seiner Familie nicht mehr darin wohnen. Darum meidet er sich gar die aufständische Wehrde mit der Bitte, ihm die Errichtung eines Wohnhauses zu gestatten. Das ist die Wirkung des preussischen Unhebelungsgesetzes.

Diese Bitte ist dem Mann in allen Instanzen abgelehnt worden.

(Hört! hört! bei den Polen und bei den Sozialdemokraten.) Der Mann war dadurch gezwungen, seine Ländereien mit Verlust zu verkaufen. (Hört! hört! bei den Polen und bei den Sozialdemokraten.) Es dürfte ihn nicht mehr in der ihm zur Hölle gewordenen Heimat, er kam nach Westdeutschland und soll nun dort unter die Buchstaben des § 7 genommen werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte an die Herren von der freisinnigen Partei eine Bitte richten: Sie haben sich in der preussischen Landtagsgesetzgebung gegen die Polenfolgungspolitik gewandt. Sie haben gegen das Ansiedlungsgesetz gegen das Einbürgerungsgesetz gestimmt. Das ist: Ihnen von allen freihandelt geminteten Seiten gut angedacht worden. (Sehr richtig! bei den Polen.) Jetzt haben Sie die Gelegenheit, das, was im preussischen Landtag mit Hilfe der konservativ-nationalliberalen Mehrheit durchgedrückt werden konnte, hier im Deutschen Reichstag zur Ehre des Deutschen und unseres Vaterlandes zu verhindern. (Sehr gut! und Bravo! bei den Polen.) Der § 7 ist nichts anderes, wie

die Fortsetzung der preussischen Polenpolitik.

(Lebhafte Weisfall bei den Polen.) Tausende und aber Tausende von polnischen, tschechischen und italienischen usw. Arbeitern sind ferner durch Verdrängungen in unsere Industriegebiete hineingelockt mit betrügerischen Versprechungen. Ich deutete schon an, daß ich selbst auf Veranlassung unserer Gewerkschaft Informationsreisen in den österreichischen Alpenländern gemacht habe, in Kärnten, Krain, Steiermark, um die dortigen Arbeiter aufzuklären über die tatsächlichen Verhältnisse im Ruhrgebiet, sie abzuhalten, dem irrgestimmten Gebilde einer besseren Zukunft im Ruhrgebiet nachzugehen. Was ich da erfuhr von beteiligten Bergsprachungen: seitens der Verdrängten, die den Leuten goldene Berge versprochen haben und dadurch Tausende und aber Tausende von Arbeitern verlockt haben, die Heimat zu verlassen, ich sage, wenn diese Verdrängten strafrechtlich verfolgt würden, diese Verdrängten kämen aus

dem Zuchthaus gar nicht mehr heraus.

Nun haben sie die Leute durch betrügerische Versprechungen in die Industriegebiete gelockt, es sind geradezu fremdsprachliche Sklaven geschaffen, durch das Interesse der Werkbesitzer, weil jede Stunde Kohlen und Eisen mehr Profit bringt. Wie vor einigen Wochen der Herr Graf v. Knapp hier ausgesprochen hat, hat man auch viele tausende Landarbeiter aus dem Osten nach dem Westen angelockt. Leute sind gekommen, die heute sagen, wir hätten besser getan, wenn wir zu Hause geblieben wären. Es ist gestern gesagt worden, nur in Preußen käme der § 7 in Betracht. Das ist nicht richtig, ich konstatiere, daß eine große Einwanderung fremdsprachlicher Arbeiter in fast alle Teile unseres Vaterlandes stattgefunden hat und stattfindet. Wir haben z. B. in der Lausitz, ganz in der Nähe Berlins, Hunderte, vielleicht schon Tausende polnischer, galizischer Arbeiter; wir haben in Mitteldeutschland, in den thüringischen Steppen Tausende fremdsprachlicher Arbeiter; auch in Bayern schaffen eine Menge fremdsprachlicher Arbeiter, ich erinnere mir an die vielen fremdsprachlichen Arbeiter in Posen usw. (Zuruf links.) Man ruf mir zu, es sind Unzuländer. Um so schlimmer ist es, daß Sie, in dem Gesetz dem Unzuländer nicht das Recht der Vereinnung geben. (Sehr richtig!) Ich sage also, die Vertreter aller Bundesstaaten haben ein Interesse daran, wenn es ihnen um die Befreiung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter geht, gegen diesen Paragrafen zu stimmen. Es ist nicht richtig, daß es gleichgültig ist z. B. für Bayern, Schlesien usw., wenn in einer Stadt wie Berlin die Höhe einer bestimmten Kategorie von Arbeitern durch gewerkschaftliche Tarifverträge und Kämpfe in die Höhe gebracht sind. Davon profitieren direkt und indirekt die Arbeiter in allen Bezirken und Bundesstaaten. Die Industriellen wollen die Fremdsprachigen benutzen gegen die Einheimischen, um das wirtschaftliche Niveau der ganzen Lohnarbeiterschaft herabzudrücken. Um das zu verhindern, dafür sind die Gewerkschaften gegründet, die nun selbstredend das höchste Interesse an der Aufklärung und Organisation auch der zugewanderten fremdsprachigen Arbeitkräfte haben. Und das kann nur geschehen, wenn uns die Freiheit gegeben wird, den Verdrängten in der ihr verständlichen Sprache die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation begreiflich zu machen. Das gerade wird der § 7 uns in Westdeutschland abhandeln, ganz so wie die Industriellen es längst wünschen. Also entspricht der § 7 keinem nationalen Bedürfnis unseres Landes, sondern kann und soll auch

nur den Großindustriellen eine neue Waage

gegen die Arbeiterchaft geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, ich habe vorher den Herrn Abgeordneten de Wendel genannt und möchte jetzt, um zu zeigen, daß nicht der Herr Grégoire es ist, der den heiligen Florian anruft, darauf aufmerksam machen, daß in dem Bezirk, in dem Herr de Wendel ein Hauptindustrieller ist, die Zahl der italienischen Arbeiter von 1903 bis 1906 von 36 auf 41 Prozent der gesamten Arbeiterchaft gestiegen ist. (Hört! hört!) Also in dem Bezirk, in dem Herr de Wendel ja sehr genau kennt, ist fast die Hälfte aller Arbeiter italienischer Nationalität. Was wird die Folge sein, wenn das Gesetz angenommen wird? Für die französische Bevölkerung sollen die Ausnahmen gewährt werden, wir haben schon gesagt, wie wir diesen Antrag verhalten. Wo bleiben aber die italienischen Arbeiter?

Ich konstatiere, daß die „nationalen Werkstätten“, die sich um den § 7 sehr verdient gemacht haben, noch vor wenigen Tagen — vielleicht auch jetzt schon wieder — in Vorhingen deutsche, einheimische Arbeiter entlassen und italienische eingestellt haben! Und die fremdsprachigen sollen mundtot gemacht werden! (Lebhafte Ausrufe: Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Das ist so ein Ausfluß der sogenannten „nationalen Gesinnung der Bevölkerung des § 7“. Wie hundertfach die Einwanderung fremdsprachiger bei uns ist, geht daraus hervor, daß vor einigen Tagen in der Stadt Bochum

Sogar eine Anzahl Türken angelangt sind.

(Hört! hört!) Diese Türken waren jedenfalls auf Grund betrügerischer Versprechungen herangelockt worden, denn gleich waren sie im Streit mit dem Unternehmer und die Stadt Bochum war genötigt, diesen schändlichen Arbeitern Obdach zu verschaffen und sie wieder abzuführen. Es fragt sich noch, ob die Stadt für diese Aufwendungen Ersatz bekommt. Türken — chinesische Kulis werden nie ja auch noch bekommen! Es ist Tatsache — (Unruhe bei den Freisinnigen.) — Sie mögen die Sache mit dem § 7 nicht ernst nehmen; wenn es aber mit der Entwicklung der deutschen Kultur, die gleichbedeutend ist mit dem Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse, ernst ist, der darf über solche Sachen nicht seine Woffen reißen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie wissen ja gar nicht — das sage ich besonders zu denjenigen Herren von der freisinnigen Partei, die wie ich überzeugt bin, die Tragweite dessen, was sie tun wollen, nicht kennen — Sie wissen ja gar nicht, in welchem Umfang Fremdsprachige bei uns eingewandert sind. Im Jahre 1881 hatten wir in Rheinland-Westfalen nur sechsundzwanzig polnisch redende Einwanderer; im Jahre 1890 waren allein im engere Ruhrgebiet schon 80 000 vorhanden, und heute ist die Einwanderung soweit gediehen, daß von den circa 300 000 Ruhrbergleuten allein — aus den anderen Industrien liegen keine Spezialstatistiken vor — ungefähr ein Drittel, also ungefähr 100 000 aus den ostelbischen, aus fremdsprachigen Bezirken stammen! Hören Sie nur, was schon im Jahre 1890 in einem Buche, das von dem „Alldeutschen Verein“ herausgegeben ist, über den Grad der Fremdsprachigkeit in den einzelnen Bezirken bei uns festgestellt worden ist. Es betrifft in erster Linie — und nicht zuletzt deshalb habe ich das Wort ergriffen — gerade den Kreis, den ich die Ehre habe, hier zu vertreten. Im Bezirk Wattencheid waren im Jahre 1890 schon 42 Proz. der gesamten Bergarbeiter aus den billyschen Provinzen gekommen (hört! hört! bei den Sozialdemokraten); im Becklinghauser Bezirk, den der Herr Kollege Schiffer vom Zentrum vertritt — (Unruhe. — Glocke des Präsidenten.) Vizepräsident Dr. Paasche: Ich bitte um etwas Ruhe, meine Herren!

Herrn! Abgeordnete: waren es 48 Prozent, im Herner Bezirk waren es 51 Prozent! (hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und im Welsenrechner Bezirk waren von der genannten Arbeiterklasse 57 Prozent zugewandert, meistens fremdsprachiger. Wo soll es hinaus, wenn den Gewerkschaften durch diesen § 7 die Möglichkeit abgenommen, die wir uns erst durch langwierige Prozesse erobert haben, nämlich in öffentlichen, allen zugänglichen Versammlungen zu fremdsprachigen Arbeitern in ihrer Muttersprache zu reden! Wohin werden die einheimischen Arbeiter in ihren Lebensverhältnissen kommen, wenn man sie hindert, die eingewanderten Massen fremdsprachiger Berggenossen über die Notwendigkeit der Solidarität zu belehren. Der § 7 schafft aber noch gefährlichere Situationen. Er bindet den Arbeitssührern die Hände gerade dann, wenn die Zeitverhältnisse für die öffentliche Ruhe und Sicherheit am gefährlichsten sind (sehr richtig! in der Mitte), wo wir mit Anspannung aller Kräfte, die aus allen Weltteilen zusammengefloßen sind, in Ordnung halten müssen! Dieser Sprachparagraphen trägt Unfrieden in die Bevölkerung hinein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich sage den Verfassern und Freunden des § 7 ins Gesicht, bisher haben Sie nur in der Distanz zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung durch die Befehlgebung des preussischen Landtages einen Streit geschaffen (sehr richtig! bei den Polen; Zurufe von den Freisinnigen), einen Unfrieden, der zu weitestgehenden wirtschaftlichen Konsequenzen geführt hat. Nehmen Sie aber den § 7 an, dann wollen Sie auch in Rheinland-Westfalen zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Zugewanderten, vor allen Dingen der Polen, bösartigen Unfrieden säen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die gesamte Mühseligkeit des Ruhrgebietes, nicht nur meine Partei, sondern auch andere Parteien — ausgenommen die „nationalen“ Großindustriellen — sagen, sie wünschen wahrhaftig nicht, daß die einheimische deutsche Bevölkerung angegriffen werde, daß die Wirtschaftlichkeit in der polnischen Bevölkerung noch durch einen solchen Paragraphen gesteigert würde; denn zweifellos würde leider die

deutsche Geschäftswelt davon schwere wirtschaftliche Nachteile haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.) Wir haben in den Gewerkschaften keine politischen Gruppen, keine politischen Fraktionen; wir legen in bezug auf Aufnahme der Mitglieder keine nationale oder sprachliche oder religiöse Beschränkungen auf. Um desswillen können wir auch von den — sagen wir einmal — Vergünstigungen, die in dem Paragraphen den Vereinen gemacht werden, keinen Gebrauch machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deswegen behaupte ich gerade, der § 7 trägt vorzüglich den

Charakter eines Ausnahmengesetzes

gegen die wirtschaftlichen Organisationen der einheimischen Arbeiter. Da Sie durch den § 7 die Fremdsprachen in den Vereinsversammlungen freigeben, so befördern Sie gerade die — wie Sie sie nennen — „staatsfeindliche Agitation“ der Polen, von der ich übrigens bei uns bisher wahrhaftig noch nichts gemerkt habe. Sie separieren ja gerade dadurch die fremdsprachige von der einheimischen Bevölkerung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie können sich drehen und wenden, wie Sie wollen, es ist so wie ich behaupte: nicht „nationalen“, sondern sehr handgreiflichen materiellen Interessen einer

großindustriellen Gruppe verdankt der § 7 seine Entstehung.

Es ist auch gesprochen worden über den „schlechten“, „mieberträglichen“ usw. Charakter der fremdsprachigen Arbeiter. Schlechte gibt es überall, bei den christlichen und unchristlichen; so gibt es auch unter den fremdsprachigen und zugewanderten Leuten Charaktere, mit denen man nicht gern zu tun hat. Aber dafür können doch die Leute nicht, daß sie sich bei der Auswahl der Eltern vergreifen haben und daß sie dann aufgewachsen ohne gehörige Schulbildung.

Es sind Opfer, keine Schuldigen.

lassen Sie mich nun an zwei Beispielen die Gemeingefährlichkeit dieses § 7 zeigen — damit läme ich dann zu dem von Ihnen allen wohl erlebten Schluß. Ich erinnere Sie an die Debatten, die wir vor drei Jahren hier hatten über den gewaltigen Streit der Ruhrbergleute. Damals standen plötzlich 200 000 Arbeiter im Streit. Da stelle uns auch Herr

Graf Posadowsky vom Regierungstische aus das Zeugnis aus, daß wir diese gewaltigen, wie weiß wir zusammengekauften Massen in bewunderungswürdiger Weise in Ordnung gehalten haben. Woher kam das? Vor allen Dingen beachten Sie es wohl, Herr Dr. Müller (Meinung), daher, daß in jener Zeit von der Behörde in bezug auf das Vereins- und Versammlungswesen eine große Bewegungsfreiheit gelassen wurde. (Sehr richtig! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Ich konstatiere ausdrücklich, es ist uns beherrschlich wieder in bezug auf die Abhaltung der Versammlungen noch in bezug auf den Gebrauch der nichtdeutschen Sprache ein Vermissen entgegenzustellen. Wenn das nicht geschehen wäre, wenn wir nicht die zehntausende fremdsprachiger Arbeiter, die im Streit standen, in ihrer Muttersprache über die Notwendigkeit von Ruhe und Ordnung hätten aufklären können, dieser gewaltige Streit wäre nicht so ruhig verlaufen, er hätte eine

unübersehbare Katastrophe zur Folge gehabt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und bei den Polen.) Sie wollen nun durch den § 7 der Polizei (Zuruf) — mag sein, ob der Herr Staatssekretär will oder nicht, seine gute Meinung bezweifeln wir nicht. Aber der Herr Staatssekretär v. Weichmann sollweg lobt, davon sind wir wohl alle überzeugt, nicht ewig. Ich glaube sogar, daß er nicht immer hier Minister sein wird. Aus diesen Gründen kann ich wohl sagen, insbesondere gestützt auf eine genügende Praxis: so dankenswert die Erklärungen vom Regierungstische sein mögen, und so gern ich den guten Willen des Herrn Staatssekretärs anerkenne; auf den

schwankenden Boden einer Erklärung vom Regierungstisch können wir ein so wichtiges Volkrecht nicht aufbauen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und den Polen.)

Nun will ich an dem anderen Fall zeigen, wobei das von Ihnen inaugurierte Sprachverbot führt. Im Jahre 1890 kam ein neues Kassenstatut für die Grubenarbeiter im Ruhrgebiet heraus. In diesem waren die Beiträge außerordentlich erhöht. Den fremdsprachigen Arbeitern,

die bis dahin überhaupt fast gar nicht organisiert waren, waren die neuen Kassen nicht vorher angekündigt worden. Als man am ersten Sonntag die unwirschend gelassenen Beuten die erhöhten Beiträge abnahm, da vollte sich eine Unzahl zusammen, es kam zu Protesten, und das Ende vom Liede war, daß Tausende von jenen Arbeitern die Arbeit niederlegten, und zum Schluß

Nach Arbeiterstreik in den Straßen der Stadt Herne.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und bei den Polen.) Dort hat die Gendarmerie zwischen die Menschen gehauen, als wenn sie kaltes Eisen gewesen wären. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe damals versucht, in einer Versammlung den mit Recht empörten Arbeitern begreiflich zu machen, was sie zu tun hätten, daß sie ein Kassenstatut durch Streit nicht abändern könnten. Ich hatte einen Kollegen mitgebracht, der der polnischen Sprache mächtig ist. Ohne weiteres hat die

Polizei die Abhaltung der Versammlung verboten.

(hört! hört! bei den Sozialdemokraten), die Folge der Separierung der fremdsprachigen Arbeiter war also hier — das rufe ich Ihnen besonders zu — daß Blut geflossen ist, daß ein Krampf entstanden ist, wie wir ihn seitdem im Ruhrgebiet nicht wieder gehabt haben, und zwar nicht wieder gehabt haben dank auch dem Einlenken der Behörde in bezug auf den Gebrauch der nichtdeutschen als Versammlungssprache. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Seit der Zeit ist nämlich Gebrauch gemacht — ohne weiteres natürlich auch nicht, erst infolge von Prozessen —, daß neben der deutschen je nach Umständen auch die tschechische, die italienische, die polnische Sprache in den Versammlungen benützt wird zur Aufklärung, zur Organisation der Arbeiter. Ich konstatiere, daß noch in keinem Falle aus diesem Sprachgebrauch

eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit hervorgegangen ist. (Sehr richtig! bei den Polen. — Hört! hört! in der Mitte.)

Meine Herren, deswegen bitte ich Sie, lassen Sie sich durch diese Argumente leiten, die ich vorbringe im Interesse der einheimischen Arbeiter in erster Linie, auch im Interesse unseres Volkes, des Ansehens unseres Deutschen Vaterlandes im Auslande! Lassen Sie sich nicht durch die süßeste Mattenfängerei verleiten, auf die

abschüssige Bahn der preussischen Polenpolitik zu treten!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist übrigens nicht so, wie von nationalliberaler Seite gesagt worden ist, daß man dort die polnische Sprache unter allen Umständen nicht leiden möchte. Ich habe es erlebt, bei der letzten Reichstagswahl, wo die „nationalen Interessen“ so hervorgerufen wurden, wo man angeklagt das „nationale Glück des Deutschen Reichs“ auf eine einzige Karte gestellt hat, habe da erlebt, daß die Nationalliberalen in meinem Wahlkreis so polenfreundlich taten, daß sie

sogar Flugblätter in polnischer Sprache herausgaben

(Lebhafte Ausrufe: Hört! hört! in der Mitte, bei den Polen und Sozialdemokraten), um den Lesern begreiflich zu machen, daß die Polen — wohl gemerkt, die polnischen Arbeiter — nationalliberal wählen müßten. (Hört! hört!)

Und — nun noch eins: Es ist auch nicht wahr — das möchte ich den Herren Vertretern von der Behörde mitteilen — daß die „nationalen“ Werkunternehmer im Ruhrgebiet einen unüberwindlichen Horror vor der polnischen, vor einer anderen als der deutschen Sprache haben. Nein, ich konstatiere hier vor dem ganzen Hause, daß auf Werkkolonien, in die die Arbeiter zu Hunderten und Tausenden einwaipert werden, es uns nicht gestattet wurde, die deutschen Zeitungen, die deutschen Flugblätter hineinzutragen; dagegen ließ

der Kolonievogt die fremdsprachigen Publikationen

ohne weiteres passieren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sehen Sie, meine Herren, und dann kommt man her und erzählt uns hier, daß dieser Paragraph aus „nationalen Gründen“ angenommen werden muß. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) An diese Gründe kann ja jemand glauben, der noch

dämmer ist, als die Polizei es erlaubt.

(Große Heiterkeit.) Ich will nun zum Schluß sagen: Wollen Sie, daß unsere Gewerkschaftsbewegung, und zwar die einheimische Gewerkschaftsbewegung, nicht noch mehr geschäft wird, nicht daran gehindert wird, die wirtschaftliche Lage ihrer Angehörigen zu verbessern, dann bitte ich Sie, lassen Sie sich nicht verleiten, für den § 7 zu stimmen. Tun Sie es auch deswegen nicht, wenn Sie sich daran erinnern, wie wir in diesem hohen Hause wiederholt die bitteren Klagen haben hören müssen über die Machtpolitik der großindustriellen Syndikate in Westdeutschland. Was hier geplant wird, ist eine Unterdrückung der ohnehin so gewaltigen Macht der

Syndikatsherren gegen die Arbeiterorganisation!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man den Großindustriellen die Mäßigkeit gibt, durch die Polizei die fremdsprachigen Arbeiter zu separieren, ihnen das Recht gibt, die Fremdsprachigen von den Einheimischen abzuschließen, um in stilligen Augenblicken eventuell eine Streikbrecherorganisation herbeizuschaffen zu können, dann sollen die Gewerkschaften getriebelt werden! Meine Herren, was im § 7 zum Ausdruck kommt, ist wiederum nichts anderes, als eine Verbeugung der preussisch-deutschen Regierung vor den gewaltigen Syndikatsherren (lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten),

von denen sie sich verschönnen und verspotten läßt

— meine Herren von der Regierung —, von denen Sie sich die Siberiaffäre haben an den Hals hängen lassen, von denen Sie sich in der unerschrockenen Weise frotzeln lassen. Es war bei der Verhandlung der Regierungsvorrede mit den Werksherren ausföhllich der Bechtelkennung, wo man Sie — die Herren von den Regierungen — behandelt hat, als wenn Sie Schultungen wären. Seitens des Werkvertreter ist sinnig nach gesagt worden: Ach, ihr Herren vom grünen Tisch, was müßt ihr von unseren Sachen?

Geht ruhig wieder nach Berlin hin!

Wie tun was uns beliebt! (Hört! hört! in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, der Kollege Raumann — er steht ja gerade vor uns, hat im vergangenen Jahre eine wunderschöne Rede über die Bedeutung der Schwerindustrie für die Emanzipation der Arbeiterklasse gehalten. Wenn Sie diese Rede noch nicht wieder gelesen haben, Herr Kollege Raumann, dann lesen Sie sie, bevor Sie über den § 7 abstimmen. (Große Heiterkeit in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie wirklich das, was Sie in jener Rede ausgedrückt haben — was ich heute noch glaube, solange Sie nicht für den § 7 stimmen — ich sage: Wollen Sie das,

was Sie an sozialen Gedanken in jener Rede

so wunderschön mit Ihrer Beredsamkeit entwickelt haben, in die Praxis umsetzen, dann legen Sie uns nicht die Fesseln des § 7 auf! (Sehr gut! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Und wenn Sie sich, meine Herren, erinnern, wie häufig mir hier über Katastrophen aus der Schwerindustrie gesprochen haben,

wie allen das Herz gequält hat

bei den Nachrichten aus dem Industriegebiet über die großen Massenunfälle, dann bitte bedenken Sie reiflich, was Sie nun tun, ob Sie bereit sein wollen, gerade diesen Industrieklaven,

die nach Licht und Luft sehnen,

auch noch den Sprachparagraphen an den Hals zu hängen! Meine Herren, wer für den § 7 stimmt,

der nimmt damit gegen die Gewerkschaftsbewegung

(lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), stimmt damit gegen die Arbeiterklasse. (Stürmische Zustimmung in der Mitte, bei den Polen und Sozialdemokraten.) Wer für den § 7 stimmt — ob bewußt oder unbewußt hinsichtlich der Tragweite dieses Gesetzes ist gleichgültig —, der hat nichts anderes getan als die Wünsche

der mächtigen Syndikatskassen zu unterstützen

(Rufen links), der hat gehandelt gegen die Interessen der Bevölkerung, die gegen die Macht der Syndikate kämpft — die so groß ist,

daß sogar die Staatsmacht nicht wagt,

dagegen aufzutreten — wer für den § 7 stimmt, hat mitgeholfen, die Schwachen niederzudrücken zu Gunsten des großkapitalistischen Syndikalismus. (Anhaltender stürmischer Beifall in der Mitte, bei den Polen und Sozialdemokraten, Blicke auf den Gegenstand. Wiederholter erneuter Beifall und Blicke.

Sächsishe Bergarbeiter-Konferenz.
(Stellungnahme zum sächsischen Berggesetz.)
Dresden, 5. April.

Gewerkschaftssekretär Zeebald eröffnet die Konferenz. Er weist darauf hin, daß sie Stellung nehmen solle zu dem Entwurf eines neuen sächsischen Berggesetzes, der leider nicht den Erwartungen der sächsischen Bergleute entspricht. Er ruft den Erschienenen und ihren Arbeitern ein herzliches Willkommen auf zu.

In das Bureau wurden Rausch und Hentler als Vorsitzende und Jakob und Böcke als Schriftführer gewählt.

Hentler begrüßt seitens des Hauptvorstandes die Erschienenen und teilt mit, daß Einladungen an die Zweite Kammer im allgemeinen und an eine Anzahl Abgeordnete (Parteilührer und Vertreter bergbaulicher Bezirke) besonders ergangen seien. Ebenso seien an das sächsische Finanzministerium und das Königl. Bergamt in Freiberg Einladungen ergangen. Diph (konservativ) und Schiel (nationalliberal) haben ihr Nichterscheinen mit anderweiter dringlicher Abhaltung entschuldigt. Das Finanzministerium und die Bergbehörde haben abgelehnt, sich vertreten zu lassen. Das Gesetz habe bereits die Erste Kammer passiert. In eine Aenderung der dort gefaßten Beschlüsse sei kaum zu denken. Man werde von den Veröffentlichungen über die Tagung Kenntnis nehmen. Hentler bedauert dies Verhalten der Regierung sowie, daß den Forderungen der Bergarbeiter so wenig entgegengekommen worden sei. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, sich auf der Konferenz vertreten zu lassen. Abg. Rudel-Deubien (konservativ) dankt zugleich im Namen seines ebenfalls erschienenen Fraktionskollegen Fracius-Lugau für die Einladung. Er befürchtet, daß nicht mehr viel zu ändern sein werde. Durch die Ueberweisung der Regierungsvorlage zur Vorberatung an die Erste Kammer sei an eine Aenderung der gefaßten Beschlüsse kaum zu denken, wenn man nicht zu einem dazu nötigen Vereingungsverfahren schreiten wolle.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Abänderung des sächsischen Berggesetzes
nimmt dann der Bezirksleiter des Verbandes in Sachsen, Krause, Zwickau, das Wort. Er wies darauf hin, daß auf der vorigen Bergarbeiterkonferenz in Böhla wohl niemand ermartet habe, daß von der Regierung und der Ersten Kammer die berechtigten Wünsche derart unberücksichtigt bleiben würden, wenn man sich auch keinen übertriebenen Hoffnungen nach der Richtung hingeben hätte. Wenn man annehme, durch den neuen Entwurf werde die Kritik über die Zustände in den sächsischen Bergwerken verstummen, so habe man sich verrechnet. Der Entwurf sei vollständig ungenügend und komme nicht einmal dem von der preussischen Regierung eingebrachten, von dem preussischen Dreiklassenparlament aber arg verminderten Berggesetz gleich. In scharfer Weise kritisiert Redner das Nichterscheinen der Vertreter der Regierung und der Königl. Bergbehörde, die zu anderen milder w.ichtigen Tagungen Vertreter entsende, hier aber, wo die Interessen von 81 000 Bergarbeitern in Frage kämen, nicht. Die Regierung rühme sich zwar, auch das Gutachten der Bergarbeiter eingeholt zu haben, aber berücksichtigt habe man es nicht.

Redner geht dann an eine Besprechung der einzelnen Forderungen in der Petition der Bergarbeiter. Die Erste Kammer habe sogar noch Verbesserungen an dem schon völlig ungenügenden und rückständigen Entwurf der sächsischen Regierung vorgenommen. Zu bedauern sei, daß fast überall dem Verordnungswege ein weites Feld gelassen sei. So sei im § 8 nicht festgelegt, bis zu welchem Grade Uebersehichten verfahren werden dürfen. Dabei sei erwiesen, daß in schlimmen Maße gerade das Verfahren von Uebersehichten und Sonntagsschichten im Schwunge sei. Auf einer Grube im Ugan-Deutscher Revier haben 300 Arbeiter Zehn- und Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen wollten, sie hätten nicht genügend Lebensmittel mitgenommen, so hätten die Beamten schon die Arbeiter mit Brot und Wurst versorgt, nur um Uebersehichten zu bekommen. Dabei werden selbst in Gruben mit höchsten Temperaturen Zwölfstundenschichten verfahren. Neuangelegte Arbeiter würden sofort mit der Zwölfstundenschicht betraut, trotzdem dort die Achtstundenschicht längst besteht. Wenn gesagt werde, daß ja die Arbeiter sich gewöhnen können, so müsse er sagen, daß kein Arbeiter sich weigern könne, wolle er nicht allerhand Schikanen ausgefetzt sein. Wenn die Arbeiter durch die „Ausrede“ sich von den Uebersehichten losmachen

einfließen des Nullens gebeten hätten, weil das immer noch die gerechteste Strafe sei. Auch über die Verwendung der Straf- gelder müssen Garantien geschaffen werden. Der Arbeiter müsse oft nicht, wo die Wälder bleiben. Nur in wenigen Betrieben werden sie den Unterhaltungsstellen zugeführt. Redner schildert das un- gerechte Verhalten des Nullens in seinen Einzelheiten. Gerade beim Strafwesen sei der Willkür der Beamten Tür und Tor geöffnet. Er verweise auf die Strafen, die bei den Nach- arbeitsgerichten im Kopfschütteln erregten, so z. B. wegen ungebührlichen Benehmens gegen die Oberhauer usw. Betreffs der Arbeiterauschüsse sei das passive Wahlrecht an ein Alter von 30 Jahren anstatt wie gefordert von 21 Jahren geknüpft. Berg- besitzer kann jemand schon mit 21 Jahren sein, aber Mitglied des Arbeiterauschusses nicht einmal mit 35 Jahren. Ebenso rück- sichtlich sei es, den ausländischen Arbeitern das Wahlrecht vorzu- ziehen. Man habe hier denselben Standpunkt eingenommen wie bei dem neuen Vereinsgesetz. Die ausländischen Arbeiter seien zwar als Vermehrter des Reichtums den Unter- nehmern willkommen, aber Rechte sollen sie nicht haben.

Eine bessere Sicherung der Fördergefäße sei dringend nötig, damit die Bergleute nicht überfordert werden. Es müsse jedes Jahr eine Nachprüfung vorgenommen werden. Neue Wagen würden niemals kleiner, sehr oft aber, oft 1 bis 2 Zentimeter, höher, sodass sie manchmal gar nicht mehr durch die Förderstrecken hindurchgehen.

Auch ein besserer gesetzlicher Schutz für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter sei eine dringende Notwendigkeit. Die bergepolizeilichen Vorschriften würden in schlimmer Weise übertreten. So soll bei über 30 Grad Celsius nur sechs Stunden gearbeitet werden, aber die Thermometer funktionierten merkwürdiger- weise manchmal nicht richtig. Sie zeigten 29,9 Grad, wenn von den Bergleuten selbst mitgebrachte Thermometer schon 30, 31 oder 32 Grad zeigten. Es gibt Gruben, wo nicht einmal mehr die Lampe brennt, weshalb elektrisches Licht angebracht wurde. Es lasse sich allerdings nicht leugnen, dass manche Bergarbeiter sich selbst aufs Schwerste gegen ihre Gesundheit verminderten. Es müssten unbedingt gegen Mangelregelung geschulte Kontrolloren aus den Reihen der Arbeiterschaft gefordert werden, wie es denn in anderen Ländern längst gebe. Die Unfallkassen im sächsischen Bergbau seien fortwährend. Die Berginspektion sei völlig ungenügend. Die Arbeiter müssten oft monatelang warten, bis sie einen Berginspektionsbeamten antreffen. Auch befänden sie nicht das Vertrauen der Arbeiter. Da sei es kein Wunder, wenn z. B. im Leipziger Braunkohlenbecken ein Beamter die Arbeiter mit der Beschuldigung anrampelte, die Mißstände würden nicht mündlich oder schriftlich dem Beamten mitgeteilt; die Arbeiter veröffentlichen sie lieber in der Presse, weil sie die Mitarbeit bezahlt bekommen. Das sei eine ganz unhaltbare Verdächtigung. Als aber ein Bergarbeiter sich mündlich beim Beamten beschwerte, da wurde von der Grubenleitung ein Erlass veröffentlicht, daß, wenn noch- mals Arbeiter sich beim Beamten beschwerten, die Lieferung von dreißig Zentnern Driketts eingestellt und die Bergarbeiter kein Geld mehr zur Verfügung gestellt bekommen. Ein anderer Beamter erkundigte sich anlässlich eines Grubenunfalles zunächst, ob etwa Schienen und Wagen stecken geblieben seien. Nach den etwa verunglückten Arbeitern erkundigte er sich nicht. Redner zitiert einige Neuigkeiten des Bergamtsrats. Er ist über die Ursachen der vielen Unfälle und Kohlenstaub- explosionen, die auch er der mangelnden Berginspektion schuld gibt. Das Verbot der Prämien- oder gemischten Bedinge müsse unbedingt gefordert werden. Wenn auch ein Herr erklärt habe, dadurch würde nur die Faulheit großgezogen. (Pfeif) Man trane den Arbeitern immer das schlechteste zu. Das Prämien- geldige müsse ein Jagen auf Tod und Leben herbei. Die Sicher- heitsvorrichtungen würden außer acht gelassen.

Der Referent, dessen Ausführungen oft von Zustimmung und Beifall unterbrochen wurden, schloß mit einer Mahnung an die sächsische Regierung, die Gesundheit, das Leben und die Zufrieden- heit von 31 000 Bergarbeitern höher zu bewerten, als die Privat- interessen einiger Duzend Bergherren. Regierung und Parlament müssen dringend ersucht werden, endlich etwas für die Bergarbeiter zu tun. Sie sei noch einmal durch diese Konferenz gewarnt, denn die Bergarbeiter lassen sich nicht länger spotten!

In der Debatte nahm zunächst Abg. Fracius-Lugan (kons.) das Wort und bedauerte, daß man die Petition der Bergarbeiter, die der Regierung überhandt wurde, nicht auch den Abgeordneten zugefandt habe. Es sei ein erschwerendes Moment, daß die Vorlage der Ersten Kammer zur Vorberatung überwiesen sei, statt an die Zweite Kammer. Sie käme nun sofort an die Gesetzgebungs- deputation der Zweiten Kammer. Es sei sehr schwer, noch etwas zu tun. Er finde viele Wünsche berechtigt und habe mit großem Interesse zugehört.

Verhandlungsleiter der Sache teilt mit, daß man angenommen habe, der Entwurf werde zuerst an die Zweite Kammer kommen. Abg. Kleinheimpel-Wilkau (nationalliberal) drückt sich in ähnlicher Weise aus und ersucht, die Petition noch an die Zweite Kammer zu senden, sich aber nur auf das Wichtigste zu beschränken. Auch er bedauere lebhaft, daß die Staatsregierung — und nur sie hat die Macht — dieses Gesetz an die Erste Kammer zur Vor- beratung gewiesen hat. Er hoffe, daß sich trotzdem manches noch ändern lasse, abgesehen das Vereinigungsverfahren, das bei Abänderung der Beschlüsse der Ersten Kammer notwendig sei, eine schwierige Sache sei. Von den Wünschen, die die Arbeiter an das Bergamt gerichtet haben, seien allerdings nur wenige berücksichtigt worden, aber die Wünsche der Unternehmer hätten noch weniger Berücksichtigung gefunden. (1)

Es reden dann in der Debatte eine ganze Anzahl Delegierte, die durch ihre Ausführungen vollinhaltlich das vom Referenten gesagte bestätigen und zum Teil ungläubliche Verhältnisse anführen über Nullen, Gefährlichkeit der Arbeit, leichtfertiges Verfahren bei Arbeiterüberwachungen. Ein Dele- giertes weist gegenüber dem Minister Häger darauf hin, daß das Streikrecht der Bergarbeiter durch Unvorsicht gemacht würde, daß, wenn ein Arbeiter nur eines Tages von der Arbeit wegliebe, er seine eingezahlten Kassengebühren verliere.

Verhandlungsleiter der Sache meint gegenüber einem Vorschlage, ein Verbot der Arbeit ausländischer, der deutschen Sprache nicht mächtigen Arbeiter in den Gruben, dürfte nicht gefordert werden. Man müsse nur verlangen, daß ihnen die Arbeitsordnung und die Instruktionen in seiner Sprache übergeben werden. Redner gibt seiner Meinung Ausdruck, daß man bei der parlamentarischen Lage der Sache schließlich zu erwägen habe, ob man einige unwichtigere Forderungen unterlassen wolle. Aus dem Zwickauer Kohlenrevier und aus dem Hornauer Braunkohlenrevier werden von den Dele- gierten schlimme Zustände betz der Sicherheitsvorrichtungen geschildert, sowie über das Strafwesen, das Verfahren von Ueber- sichten und Sonntagssichten und die mangelnde Berginspektion geklagt.

Allgemein kommt aber zum Ausdruck, daß man keine Forderungen zurückstellen wolle. Dagegen spricht sich auch Henker gegen den Entwurf ein, besonders die Heraussetzung des Wahl- alters zu den Arbeiterauschüssen scharf kritisierend.

Abg. Schilder (kons.) teilt mit, daß vom 10. bis 23. April eine Sitzung des Landtages einträte. Es sei vielleicht möglich,

eine Eingabe an die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer und an diese vorzubereiten. Die Debatte wird dann abgebrochen. Verhandlungsleiter der Sache referiert über den Entwurf des Knappschafts- und Pensionsgesetzes. Er weist darauf hin, daß Sachen früher in dieser Beziehung nicht hinter den anderen Staaten zurückblieben. Das sei zum großen Teil den früheren Arbeiterver- tretern im Landtage zu verdanken. Redner erörterte die einzelnen Forderungen: Schaffung besonderer Beamtenklassen oder Sicherheit, daß keine Arbeiterbeiträge zu Beamtenpensionen verwendet würden. Heraussetzung des ortsüblichen Tagelohnes bis 5 Mk. statt bis 4 Mk., Wegfall der Karenzdauer, Stimmrecht für die freiwilligen Mit- glieder, zweijährige Wahlperioden, um Kopfschüttel bald befristeten zu können, Nichtwählbarkeit von Werksführern, Oberleitern usw. als Klassenvertreter, Stellung des Vorsitzenden auch aus den Kreisen der Arbeiter, Vertretungsmaßnahme der Arbeitervertreter wie in Preußen, Verbot der Schaffung neuer Pensionsklassen (neu ent- stehende Werke haben sich der Allgemeinen Knappschafts- und Pensionskasse anzuschließen), Nichtziehung der Pensionen bei Familienvermögen bestraffter Bergleute, Verkürzung der Karenzzeit auf zwei Jahre bei der Pensionskasse, Verbot an die Werke für Wechsellungen den Verzicht auf das Wahlrecht zu fordern. Eine Reihe von Forderungen soll den Verlust der freiwilligen Mit- gliedschaft verhindern.

Redner empfiehlt am Schluß die Wahl einer Deputation und schlägt vor, auf die Forderung besonderer Beamtenklassen zu ver- zichten, wenn Sicherheit getroffen wird für eine Rechnungslegung an die Arbeiter.

Nach einer längeren Debatte, in der die meisten Redner für Wahl einer Kommission zur Vorberatung einer Eingabe an die Zweite Kammer eingetreten sind, wird der Antrag Sache betr. Pensionsklassen der besonderen Beamtenklassen akzeptiert mit der Vor- aussetzung, daß die erwähnte Sicherung getroffen wird, alle sonstigen Forderungen, soweit sie nicht durch Verletzung im Gesetzentwurf gegenstandslos geworden sind, aber aufrecht erhalten.

In die Kommission wurden die Kameraden Jakob, Raufsch, Henker, Sachse und Krause gewählt.

Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige am 5. April 1908 im Gasthaus „Senefelder“ zu Zwickau tagende öffentliche Landeskonferenz der Bergarbeiter Sachsens, zu welcher Delegierte aus allen sächsischen Revieren zahlreich erschienen sind, erklärt sich mit den Ausführungen der beiden Referenten in bezug auf den Gesetzesentwurf einverstanden. Die Konferenz spricht ihr lebhaftes Bedauern aus, daß die Regierung den gerechten Wünschen der Bergarbeiter nicht weiter entgegengekommen ist, noch mehr ist zu bedauern, daß die Verhandlungen in der Ersten Kammer des sächsischen Landtages ein fast negatives Resultat in bezug auf das Alter der passiven Wählbarkeit im § 27 sogar eine Verschlechterung gegenüber dem Regierungsentwurf ergeben haben.

Die Konferenz ermahnt, daß der Entwurf betreffend die Umgestaltung der Berggesetzgebung in der Zweiten Kammer noch einer gründlichen Revision zu Gunsten der Bergarbeiter unterzogen wird. Sie erklärt, daß die in der vorjährigen Landesversammlung der Bergarbeiter zu Zwickau beschlossenen Abänderungen das Mindeste enthalten haben, was von Seiten der Bergarbeiter Sachsens zu erheben sei.“

Mit einer Resumierung der Verhandlungen und einer Auf- forderung, die Organisation auszubauen, schloß Kamerad Henker die Konferenz.

Siegreicher Bergarbeiterstreik in Lothringen.

Auf den im Kreise Forbach gelegenen Schächten der Saar- und Moselgruben brach am 4. April unverhofft ein Streik aus, der am 8. April, also nach drei Tagen, siegreich beendet wurde. Die absolute Einigkeit, hauptsächlich der Spitteler Bergleute, die sich die Direktion nicht getraut hatte, hat den Kameraden einen glänzenden Erfolg gebracht und von neuem die alte Wahrheit bestätigt, daß Einigkeit stark macht. Die Zustände auf den Schächten dieser Grube sind dem ständigen Brennen der Vertreter des Verbandes ist es zu danken, daß es nicht längst zu einem Streik gekommen war. Schon vor Jahren wurde in einem Prozeß gegen den Kameraden Veim- peters wegen Beleidigung von 52 Beamten dieser Grube in St. Avold bewiesen, daß Arbeiter, die um Vorschuß vorstellig wurden, mit einem Gummischlauch aus dem Bureau hinausgehauen wurden. Einem Bergarbeiter war gesagt worden, er bekomme Vorschuß, wenn er einem andern, er solle seine Frau schicken, die solle „Vorschuß“ erhalten und andere „Liebenswürdigkeiten“ mehr. Dennoch wurde Veimpeters damals wegen Beleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, während gegen die mishandelnden Beamten kein Verfahren eingeleitet wurde, diese vielmehr frei ausgingen, wie das in unserm „Rechtsstaat“ auch nicht anders üblich ist. Auch jetzt war es wiederum eine große Mißhandlung eines armen Berg- mannes durch drei Grubenbeamte, die das Maß zum Ueberlaufen brachte.

Am 3. April ging nach Darstellung der Kameraden in den Versammlungen ein Kamerad vor Beginn der Mittagspause zum Betriebsführer Bindel auf Schacht II in Spittel, um eine Be- schwerde vorzutragen, wurde aber mit einem Gummischlauch aus dem Bureau hinausgetrieben. Dann von einem Steiger und dem Hülfsleiter Sawanbach mit dem Meter- stock und der Wetterlampe des Hülfsleiters derart ver- brüht, daß er heute noch krank darnieder liegt, und wie man befürchtet, ein Auge verlieren wird. Die Empörung über diesen Vorfall ist allgemein, denn wird das Brügeln nicht abgeschafft, ist ja schließlich kein Arbeiter mehr sicher, nicht eines Tages mit kaputtgeschlagenen Knochen vom Zechenplatz zu kommen. Außer dieser schloßen Behandlung war es das seit Jahren rigoros geübte Wagenmüllern, was die Erbitterung zur Siebelzige steigerte und zu mancher harten Auseinandersetzung der Bergleute mit den Beamten geführt hat. In welcher Weise das Nullen be- trieben wurde, dafür nur einige Beispiele. Auf der Mittagspause auf Schacht II wurden am 1. April genau 67, am 2. 86, am 3. 138 Wagen! Auf der Morgenschicht wurden — alles nach Angabe der Kameraden — am 3. April für 187 Mark 40 Pf. Wagen genullt! Im März wurden einer Kameradschaft von vier Mann, ebenfalls auf Schacht II, für 64 Mk., einer anderen für 65, einer dritten für 45 Mk. Wagen ge- nullt, und als darauf einige Kameraden beschwerdeführend vor- stellig wurden, bestrafte der „humane“ Betriebsführer sie obendrein noch mit 150 Mk.!

Unter solchen Umständen stieg die Erbitterung zum Ueberlaufen und ohne jede Vorbereitung, ganz spontan warf am 4. April die Mittagspause von Schacht II in Spittel die „Brocken“ hin. Der weitaus größte Teil der an 3000 Mann zählenden Belegschaft ist nicht organisiert, nur in Spittel hat der Verband eine Zahlstelle von einigen hundert Mitgliedern und auch ein kleines Versammlungs- lokal. In den anderen Distrikten, in Merlenbach und Kar- lingen, erhalten wir kein Lokal, was die „Christen“ und die „Perkauer“, denen Lokale offen stehen, zur Zersplitterung ausgenutzt haben, allerdings auch mit wenig Erfolg, da die einheimischen Berg- leute für Organisationszwecke nichts übrig haben. Auch während des Ausstandes war in den Distrikten kein Lokal zu bekommen, was die Leitung des Kampfes fast unmöglich machte, weshalb die Verbandsvertreter sich auch mit recht bescheidenen Forderungen begnügen mußten. Die ausländische Belegschaft wählte sich sofort eine Kommission, welche der Direktion folgende Forderungen unter- breiten sollte:

1. Einheitliches Maß und Gebinde beim Beladen der Förder- gefäße, d. h. die Gefäße sollen nicht mehr aufgehäuft vollgeladen, sondern gefüllt sein.

2. Anschaffung des Nullens; Straßen für unechte oder minder- geladene Wagen dürfen in einem Monat 5 Mt., Straßen im einzelnen Falle 10 Pf. nicht übersteigen. Auch das Verteilen der geladenen Wagen soll befristet werden.

3. Für Arbeiterarbeiten und getrennt verfahrenen Schichten soll eine genau spezifizierte Lohnberechnung eingeführt werden.
4. Holz und Schienen müssen bis vor Ort und zwar in aus- reichendem Maße geliefert werden.
5. Kontrollmarken und Lampen müssen des Morgens bis 5 1/2 Uhr, des Mittags bis 2 Uhr vorausgibt werden.
6. Einführung eines ständigen Arbeiterauschusses, gewählt aus der Mitte der Belegschaft. Wähler ist jeder Arbeiter, der das 25. Lebensjahr erreicht hat und auf der Grube sechs Monate be- schäftigt ist.
7. Humanere Behandlung.
8. Keine Maßregelung wegen Beteiligung an dieser Bewegung oder wegen Zugehörigkeit zu einer Organisation.

Herr Direktor Glacke erkannte jedoch am Samstagabend die Kommission als Vertreter der Belegschaft nicht an und wies sie scharf zurück; er erklärte, nur mit den Vertretern der Unterhaltungs- klasse, als dem „gewöhnlichen“ Arbeiterauschuss, verhandeln zu wollen. Diesen „Arbeiterauschuss“ erkannte die Belegschaft jedoch nicht als ihre Vertretung an, zum andern bestand sich dieser „Ausschuss“ auch noch nicht im Streik. Das Bild änderte sich jedoch am Montag, den 6. April, gänzlich, als auch die Morgenschicht der andern Schächte die Unzufriedenheit und ebenfalls für Bewilligung der Forderung den Kampf aufnahm. Nun erst gab der Direktor nach und machte folgende Zugeständnisse:

1. Es soll auch auf Schacht II wieder das einheitliche Gebinde und einheitliche Wagen eingeführt werden, wie es früher der Fall war und auf den übrigen Schächten besteht.
2. Das Wagenmüllern in seiner heutigen Form soll unbedingt fort- fallen; dafür sollen die Bestimmungen des § 24 der rheinisch-säch- sischen Normarbeitsordnung in Geltung treten. Diese belegen in der Hauptsache: „Unzulässig und vorchriftswidrig beladene Förder- wagen werden bei der Lohnberechnung für ordnungsmäßig und voll- beladene angerechnet. Dagegen werden Kameradschaften oder einzelne Arbeiter, welche ungenügend oder vorchriftswidrig beladene Förder- wagen fördern, mit Geldstrafen belegt, welche im Laufe eines Jahres- monats für den einzelnen Arbeiter den Betrag von 5 Mark nicht übersteigen dürfen.“ Weiter heißt dieser Paragraph den Arbeitern noch zu, daß der Arbeiterauschuss aus seiner Mitte einen Kontrollleur wählen kann, der die Förderung beaufsichtigt und prüft, ob Wagen unzulänglich beladen oder unecht sind.
3. Die Forderung: Für Arbeiterarbeiten und getrennt verfahrenen Schichten eine genau spezifizierte Lohnberechnung auszuführen, wird abgelehnt, dafür werden die Steiger angewiesen, auf Wunsch die genaue Auskunft über den verdienten Lohn und den Ort, wo sie gearbeitet haben, zu geben.
4. Holz und Schienen sollen in jeder Bauabteilung oder bis zum Fuße des Berges oder Ausbauschnittes geliefert werden.
5. Die Ursache der Lampen und Kontrollmarken wird nach den Wünschen der Arbeiter geregelt.
6. Für das laufende Jahr ist der im Januar gewählte Arbeiter- ausschuss maßgebend. Sollten die Ausschussmitglieder freiwillig aus- scheiden, so wird eine Neuwahl ausgeschrieben, und dieser Neuwahl werden die Bedingungen zugrunde gelegt, die auf den westfälischen Gruben üblich sind.
7. Es liegt der Zechenverwaltung sehr daran, daß die Beamten den Arbeitern gegenüber eine humane Behandlung an den Tag legen.
8. Arbeiterentlassungen sollen nicht vorgenommen werden, wenn die Arbeiter morgen die Arbeit wieder aufnehmen.

Diese Zugeständnisse enthalten so ziemlich alles, was gefordert war, so daß der Erfolg ein glänzender ist und die entscheidende Versammlung am Dienstag, 7. April, vormittags sich für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit erklärte. Die Versammlung war, wie auch die beiden am Montag, überfüllt. Herr Bürger- meister Lefort, der die „Vermittlerrolle“ übernommen, die aber zu keinem Ergebnis geführt hat, weil Direktor Glacke es ablehnte, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln, was gegen das Prinzip verstoße, verlas die Zugeständnisse und bat die Arbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen. Kamerad Veimpeters besprach sodann die Zugeständnisse ebenfalls und betonte, wenn auch längst nicht das bewilligt und erreicht sei, was die Bergleute zu fordern berechtigt seien, so müsse doch anerkannt werden, daß die Haupt- punkte der gestellten Forderungen bewilligt wären, womit der zweitägige Kampf gut gelohnt sei. Es sei vom Bürgermeister gestern schon behauptet worden, diese Zugeständnisse hätten auch ohne Streik erreicht werden können. Das sei richtig; jedoch nur dann, wenn die Kameraden so kraft organisiert gewesen wären, daß die Direktion einen Kampf hätte befürchten müssen. Das sei hier aber nicht der Fall gewesen, im Gegenteil hätte die Direktion gar nicht daran geglaubt, daß die Kameraden überhaupt die Mourage hätten, einmal die „Brocken“ hinzuworfen, und nur die schöne Einigkeit habe dem Hartkopf Glacke imponiert, so daß er nachgeben mußte. Wie wenig er an ein freiwilliges Nachgeben oder Bewilligen der Forderungen dachte, erhellt am besten daraus, daß das rigorose Wagenmüllern mehrfach in der „Bergarbeiter-Zeitung“ kritisiert und die Abschaffung derselben verlangt wurde. Aber trotzdem schaffte Glacke das selbe nicht ab, obgleich er die „Bergarbeiter-Zeitung“ recht aufmerksam lieft.

Die Bergleute von Spittel könnten deshalb mit Recht behaupten, daß sie durch ihre Einigkeit die Abschaffung des Nullens erkämpft haben. Sie sollten aus diesem Erfolg und Erfolg auch die Lehre ziehen, in Zukunft eben so einig zusammenzustehen. Redner empfiehlt die Wiederaufnahme der Arbeit und schlägt folgende Resolution vor:

„Die heutige Versammlung erklärt die Zugeständnisse der Forderungen, wenn auch nicht in allen Punkten als bewilligt, so doch für genügend anzuerkennen und verspricht die sofortige Wiederauf- nahme der Arbeit auf allen Schächten. Sie hofft von der Verwaltung, daß diese die jetzt bewilligten Forderungen auf allen Schächten zur Kenntnis der Belegschaft ausbreitet, damit auch diejenigen Kameraden, die nicht an der Versammlung teilnehmen konnten, davon Kenntnis erhalten und darauf dringen können, daß die Zugeständnisse nicht allein auf dem Papier stehen, sondern in die Tat umgesetzt werden. Des Weiteren verspricht die Versammlung, in Zukunft durch Einigkeit die Organisationen zu stärken, um in späteren Fällen die Bewilligung weiterer, gerechter Forderungen, wenn nötig, zu erkämpfen.“

Die Resolution wurde von der zahlreichen Versammlung ein- stimmig angenommen und lebhaft begrüßt. Damit war der Streik siegreich beendet.

Einem ungemein traurigen Streich, den die „Christen“ und die diesem Kampfe gespielt haben, der den ganzen Erfolg hätte in Frage stellen können, müssen wir der Öffentlichkeit unterbreiten. Der Kampf spielte sich in Spittel ab, wo die Leitung der Bewegung in Händen der Verbandsvertretung lag, jedoch wurden die Vertreter des Gewerkschafts aufstandslos zugelassen und mit ihnen vereinbart, die Bewegung gemeinschaftlich zu leiten. In Merlenbach stand dem Verband kein Lokal zur Verfügung, dahingegen doch dem Gewerk- verein. Veimpeters traf am Montag den 6. April mit den Vertretern des Gewerkschafts die Abmachung, daß diese in Merlenbach die Kameraden bewegen sollten, bis Dienstag den 7. April vormittags 11 Uhr im Zustand zu verharren, und den Bescheid, der in Spittel gesandt wurde, abzuwarten. Weiter wurde vereinbart, daß Veimpeters und Häcker am Dienstag den 7. April der Hauptversammlung in Spittel anzuwähnen, Ab und Hemmer nach Merlenbach gehen sollten. Trotz dieser Abmachung gingen die Vertrauensleute der „Christen“ am 6. April abends in Merlenbach hin und riefen den Kameraden, am 7. April zur Früh- schicht wieder anzufahren, was denn auch wirklich geschah! Nur die wenigen Verbandskameraden führen nicht an, sondern hielten mit ihren Spitteler Kameraden treu im Kampfe aus. Außer den „Christlichen“ Vertrauensleuten bemühten sich auch die Berliner in Merlenbach, die Arbeiter zu überreden, die Arbeit am zweiten Tage wieder anzufahren, ohne auch nur die Antwort der Direktion abzuwarten. So führen die Merlenbacher „Christen“ am zweiten

Zuge wieder an, ohne sich darum zu kümmern, ob sie...

Aus den Vergleichsgerichten.

Sitzung vom 31. März 1908. Vorsitzender Professor Dr. Wolpert aus Freiburg. Beisitzer aus der Mitte der Arbeitgeber: Vergat...

Hier wird also antwortlich bekräftigt, daß eine wirkliche Besserung...

Der Bicaecia des Tarifgedankens.

Table with 4 columns: Jahr, von Firmen, von G. Hüllen, in Orten. Rows from 1807 to 1908.

Dieser Erfolg ist in erster Linie der starken Organisation der Buchdrucker zu danken.

Mißstände auf den Gruben.

Zur Verhütungsvorkehrung der Grubenverwaltungen. In Essen befindet sich eine „Verhütungszentrale“...

Ruhrrevier.

Wochens. In Nr. 11 der „Vergarbeiter-Zeitung“ vom 14. März befindet sich auf Seite 5 unter der Marke „Jede Constantin“...

Jede Königsgrube.

Die letzten sowie die vollen Wagen könnten um Schacht bei der Seilfahrt etwas mehr zurückgeschoben werden...

Zehn Unter Fritz, Schacht 1.

Table with 4 columns: Am, 2. März, 52 Mann mit je, 50 Fig. Rows from 3 to 30.

Wegen Feuers wurden bestraft:

Table with 4 columns: Am, 2. März, 3 Mann mit je, 150 Mk. Rows from 7 to 28.

Krügerbein wurden am 11. und 12. März 58 Mann mit je 2 Mk. wegen...

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

Consolidierte Unfallwerke Westeregeln. Auf die in der Nr. 12 unserer Zeitung enthaltene „Verichtigung“ der Betriebsverwaltung...

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Bergwerks- und Sättelproduktion in Deutschland 1907. Nach der vorläufigen Aufstellung des Kaiserlichen Statistischen Amtes...

Rußischer Kohlenbergbau.

Table with 4 columns: 1907, 1906, 1907 mehr +, 1906 weniger -. Rows for Steinkohlen and Anthrazit.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

„Praktische Gewerkschaftspolitik“. Auch der „Lehrbarkeit“ des Zentrumsverwalters Schiffer...

auf abgeleitete, besonders die schlechte Behandlung der Arbeiter, Lohn-
 zurechnungen usw., einer Kritik unterliegen, ohne daß sich einer der vier
 genannten Bedenken insunter sich auch der Obersteiger befand, dagegen
 gemäßigte Kritik an andern Tagen in der Besprechungsversammlung
 der Delegierten eine Rede zu reden, worin er die Un-
 schicklichkeit der Kameraden S. in der Versammlung als unrichtig hin-
 wies. Als ihm aber einige Kameraden entgegentraten und
 ihm mehr Mißstände aufzählten, gab der Herr Kleinlaut bei und sagte
 nur zum Kameraden S.: „Ach, was ein solcher Doppelmoral, was ist
 nicht auf!“ Nach sechs Wochen waren es keine Doppelmoral mehr, da
 hatte man von den Unschicklichkeiten der Kameraden S. eine Beseligmachung
 der Mitgliedschaft konstatirt und ihm deshalb gekündigt. Die Be-
 seuerungen über diese Abhängigkeit Stellung und solche eine Kommission
 nach Halle zum Vergüt Stenens, um dessen Vermittlung anzurufen.
 Dieser schien schon informiert, denn er erklärte, daß sich S. habe eine
 Belobigung der Mitgliedschaft zusehnden kommen lassen. Als dieses von
 der Kommission lobhaft bekräftigt wurde, stellte er eine nähere Unter-
 suchung in Aussicht. Bei dieser Untersuchung sind aber die Arbeiter
 nicht gelassen worden. Sollte man die Mitgliedschaft bekräftigen, so wären die
 gegen den Kameraden S. erhobenen Beschuldigungen einmütig zurück-
 gezogen worden. Warum sind die Arbeiter nicht bekräftigt worden?
 Warum hat man den einen Teil gehört und nicht den anderen? Das
 sind sehr wichtige Fragen, die zu beantworten sehr wichtig wäre, könnten
 die Arbeiter doch danach beurteilen, welches Maß von Vertrauen sie der
 Vergabebehörde noch entgegenzubringen können. Herr S. hat indes seinen
 Brand erreicht, der lästige Kritiker liegt auf der Straße. Ob Herr S.
 behaltend besondere Vergünstigung empfindet, wissen wir nicht, das aber
 wissen wir, daß die Kritik nicht schmelzen wird, solange auf Würde Emma
 die Mitgliedschaft weiter bestehen. Besonders die Umgehungsformen dieses
 Herrn S. werden, wenn keine Besserung eintritt, noch häufig unsere
 Kritik herausfordern. Soll er doch sogar zu einem Arbeiter, der ihn
 fragte, warum sein Lohn von 8,50 Mk. plötzlich auf 8,00 Mk. reduziert
 worden sei, gesagt haben: „Quatsch nicht, nicht an, sonst kriegst du ein
 paar in die Presse!“ Gleiches gilt für die Arbeiter, die die Verwaltung beim Streik 1908 er-
 hielt, als die Arbeiter humanere
 Behandlung forderten.

Königreich Sachsen.

Bürger-Beitrag. (Blauenfelder Grund.) Billige Kohlen in Unsicht!
 Als vor einiger Zeit Herr Bergdirektor Schenk im Schacht durchfuhr,
 äußerte er vor einer Arbeiternummer: „Haltet euch dazu, daß ihr noch
 ein paar Monate was verdient, denn die Kohlen werden billiger und da
 müssen wir mit dem Lohn runtergehen.“ Wir glauben, daß niedrige
 Kohlenpreise kein Grund zu Lohnreduzierungen sind. Trotz der enormen
 Kohlenpreise ist das Gebotige pro Wagen nicht gestiegen, eher vor
 manchen Arbeitstätten gefallen. Die Kohlenpreise für die teuren Kohlen
 hat nun allein und liberal die Kapitalistenklasse geschluckt. Wenn also
 jetzt bei den teuren Preisen der Arbeiter auf diesem Werk etwas mehr
 verdient hat, so ist ihm seine geleistete Arbeit nicht etwa besser bezahlt
 worden, sondern er hat sich bei der allgemeinen Preissteigerung nach wie
 vor in die Kasse selbst abgeben müssen. Denn das Gebotige
 ist gegen frühere Jahre pro Wagen bedeutend zurückgegangen. 70 bis
 75 Pfg. für einen sechs Gestörter fassenden Wagen ist doch herab
 wenig, und es müssen pro Mann sechs Wagen geliefert werden. Be-
 zugslos wird im Blauenfelder Grund die Kohle auch noch nicht geschüttelt.
 Nach der Lohnunterstützung zwischen Bauer und Behauer ist zu groß.
 Letzterer erhält nur 1/10 des Hauerslohnes, es könnten ganz gut 1/10
 gemehrt werden, denn es kommt vor, daß ein Arbeiter acht Jahre fördern
 und noch vier Jahre leben muß, ehe er zum Probefahren
 zugelassen wird. Zwölf Jahre Bezahlzeit, so lange lernt ja nicht einmal
 ein Steiger. Einzelne Steiger möchten sich doch mehr Bildung anschaffen
 und namentlich „Kügelchen Umgang mit Menschen“ studieren, damit sie
 nicht einzelne Arbeiter als die faulsten auf der Grube brandmarken, wie
 es häufig Steiger S. tat. Es scheint überhaupt gang und gäbe zu sein,
 die Kameraden, welche durch unvorsichtige Schmeicheleien ihr Kohlen-
 pensum nicht schaffen können, als Faulenzen anzuschreiben. Hier kann
 nur Wandel geschaffen werden durch die Macht der Organisation. Möge
 sich jeder Arbeiter für anstrengen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

„Vergnappung“ und Bergarbeiterverband.

In Nr. 14 bringt der „Vergnappung“ Jmbuschs Siegessartitel als
 Abdruck aus der Zentralpresse, der sicher alle, die ihn gelesen, zum
 Nachdenken gebracht hat; am allermeisten werden sich wohl diejenigen „Vergnappung“
 Leser erinnern haben, die der Versammlung in Hordhausen
 selbst beigewohnt haben. Jmbusch hat den Verhandlern Hue und Potorny
 eine „führerliche Niederlage“ beteuert. So triumphiert der „Vergnappung“
 über die „Niederlage“, besteht Jmbusch war doch nach Hordhausen gekommen,
 um die Verhandler zu überführen, daß sie in Sachen der Gewerkschaften
 „deputationslos“ und „geschwindelt“ hätten. Wie der „Vergnappung“
 in gleicher Manner noch besonders hervorhebt, besteht die Lüge her
 Verhandler darin, daß sie der Deputation vorgeworfen haben, sie sei mit
 dem Gehege zufrieden gewesen, habe das Gehege empfohlen bezw.
 angeregt usw. Der „Vergnappung“ sucht hier die Rollen gewaltsam zu
 vertauschen. Nicht die Verhandler haben alles das behauptet, was der
 „Vergnappung“ schreibt, sondern die Herren Wiesberts und Brust und die
 Zentralpresse. Jetzt will man die Sache so umdrehen, als hätten die
 Verhandler diese Vorwürfe erhoben. Die Verhandler aber haben nur
 angezapft, was wahr sei an den Behauptungen Wiesberts, Brust usw.
 Und hat nun eine klare Antwort zu geben, und jeden Zweifel aus der
 Welt zu schaffen, daß die Deputation nicht bis zum letzten Augenblick
 ihren Posten ausfüllte, vertrat man sich gewerkschaftsfeindlich hinter ihnen
 Wortflüsterer, jedoch immer mehr die Wahrscheinlichkeit der „Vergnappung“
 Behauptungen wie die Behauptungen der Gewerkschaftsführer in Zweifel
 gezogen werden müßten. Die Krone des Ganzen setzte Jmbusch in Hord-
 hausen auf. Hier gab er zu, daß in der Tat Effert noch mit Hilfe ver-
 handelt habe, aber er (Jmbusch) wisse nicht, was? Selten wohl hat
 ein Mann auf die Reichthümlichkeit anderer so spekulirt, als Jmbusch
 in Hordhausen. Denn daß ihm einer glauben soll, daß das Deputations-
 mitglied Jmbusch nicht wisse, was das Deputationsmitglied Effert mit
 Hilfe in so wichtiger Sache verhandelt, ist doch etwas stark. Die
 Deputationsmitglieder wissen nicht, welche Stellung sie am Schluß in
 Berlin eingenommen haben? Ist das nicht zum Lachen? Warum
 schreibt Jmbusch nichts darüber in seinem „Siegessartitel“? Dieser Teil
 der Auseinandersetzung zwischen ihm und den Verhandlern hat ihm doch
 in der Presse vorgelegen, ehe er seinen Artikel schrieb. Um die Frage
 der Stellungnahme der Deputation zu klären, sollte doch Jmbusch An-
 sichten geben, und um die Wahrheit zu erfahren, waren die Verhandler
 nach Hordhausen gekommen. Herr Jmbusch, was soll Ihre Hochheererei
 wenn Sie sich über den Kern der ganzen Sache ausschweigen. Jmbusch
 läßt nach Hordhausen, um die Verhandler zu verhöhnen, aber Jmbusch
 war gekommen, in die Retikule zu rücken, gab auf die wichtige Frage
 nach dem eigentlichen Verhalten der Deputation eine Antwort und schob
 aus Angst seinen Freund Effert vor. Jmbusch blamierte sich,
 Effert und die ganze Deputation wie der Gewerkschaft durch sein
 trauriges Verhalten. Dafür verzog er sich auf Schwippen, macht auch
 in seinem Artikel die tollsten Unvorsichtigkeiten, aber er weicht jeder klaren
 Antwort aus. So sieht der „Sieg“ Jmbusch's aus.

Der Herr Mann in Hordhausen, Herr Effert, ergriff sich noch aus
 etwas anderem. Jmbusch schreibt in „Vergnappung“, daß ihm für sein
 Referat in Hordhausen allerseits Beifall zuteil wurde. Das heißt doch
 soviel, daß Herr Jmbusch schon den „Sieg“ während seiner ersten Aus-
 führungen in der Sache hatte und daß die Versammelten über den
 Gewerkschaftsstrategen entzückt waren. Hat Herr Jmbusch vergessen,
 warum die Versammelten plötzlich den Saal verließen, von etwa 800
 Anwesenden keine 20 im Saal verblieben? Warum berichtet Jmbusch
 nichts über diese Episode aus der Versammlung, die seinen „Sieg“ doch
 erst ins rechte Licht rückt? Die Bergarbeiter verlassen plötzlich bis auf
 wenige Mann den Saal. Worher schreibt sich Jmbusch allezeitige Zu-
 rückweisung zu. Wer erklärt uns diesen „Sieg“ Jmbusch's? Er hätte es
 im „Vergnappung“ tun können, aber hierüber schweigt er sich wohl-
 wissend aus. Es blieben dem Jmbusch nur jenseitige Worte in dem Saal,
 daß er die Versammlung gleich schließlichen lassen mußte. Die Vergleiche,
 die sich entzweiten, diesen Herrn Jmbusch herauszuholen zu, wie wir im
 Vaterland Jmbusch's hier unterbreiten wollen. Hier so weiter gefügt,
 Herr Jmbusch!

Dann kann man nun verlangen, daß der „Vergnappung“ wie die
 Gewerkschaften in Hordhausen ergriffen worden wären. Das ginge auch
 wider die Naturanlage der Zentralpresse. Das Organ kommt
 in seiner letzten Nummer nachmals aus Hordhausen zu sprechen, aber
 tut sich wiederum, auf die für alle Bergarbeiter brennende Frage der

Deputationshaltung, einzugehen. Dafür konstatiert es nochmals, daß
 Hue und Potorny vor Jmbusch das Wort gefucht haben. Wir wollen
 Jmbusch verzeihen, daß das, was die beiden Verhandler in Hordhausen
 sagten, sie auch gefunden haben. Sie wollten Jmbusch auftragen, und
 dieser hat in seiner Angst und mehr gesagt, als was die beiden Ver-
 handler wie die sonst anwesenden Vergleiche wohl erwartet haben
 mochten. Und was sollten Hue und Potorny noch in der Versammlung?
 Ihre Aufgabe hatten sie erledigt. In einer Versammlung, die schließlich
 keine 20 Mann mehr zählte, mit Jmbusch weiter zu diskutieren, ist doch
 wohl zwecklos. Das sah auch Jmbusch selbst ein, indem er die Ver-
 sammlung schließlichen ließ. Sollte sich Jmbusch der Versammlung gegen-
 über aufständiger betragen, wäre diese nicht auseinander gegangen und
 es konnte weiter diskutiert werden. Der „Vergnappung“ will ferner nicht
 glauben, daß in christlichen Gewerkschaftenversammlungen auf „Das
 Reich“ Abkommen gesammelt wurden! Wir erlauben den „Vergnappung“,
 in Hordhausen nachzugehen. Dort wird er das bestätigt finden,
 was die „Vergarbeiter-Zeitung“ hierüber berichtet.

Der „Vergnappung“ beschließt sich dann in einem längeren Artikel
 mit dem „Reich“ in Vergarbeiterverband“, indem er den Fall Spaniol-
 Feinen gegen den Verband ausführt. Die beiden Benannten stehen jetzt
 außerhalb des Verbandes; also kann von einem Reich innerhalb des
 Verbandes keine Rede mehr sein. Die Zahlstellen in und um Oberhausen
 haben das Vorgehen des Verbandesvorstandes in Sachen Spaniol-Feinen
 gut geheißen, also ist nicht einmal an der Wirkungsstätte des früheren
 Verbandesbeamten Reich, Herrn Feinen werden wir ja noch einmal
 Gelegenheit geben, sich auszusprechen, etwa selbigen Ohnern.

Verdächtig lächerlich ist die Art und Weise, wie der „Vergnappung“
 von Unschicklichkeit in Oberhausen spricht. Heraus mit der Sprache,
 „Vergnappung“! Man nenne uns einen Namen oder gebe die Nachhilfe
 so wieder, daß man etwas greifbares erhalte, um die Angelegenheit nach-
 prüfen zu können. Da hilft sich das christliche Organ. Es geht hin
 und tut schick, und wenn es am Fragen gefast wird, dann will man
 nichts gesagt haben.

Das mag für heute genügen. Das Dreihundert-Mark-Blatt
 ist, sobald der Vorstand Kenntnis erhält, daß ein solches existieren sollte,
 sofort vom Verbandsvorstand durch ein Zirkular wirkungslos gemacht
 worden. Der Verbandsvorstand lehnt es ab, mit solcher Mittel gegen
 seine Gegner zu operieren. Einmütig haben der Verbandsvorstand
 wie der Vergarbeiterverband mit dem Zusammenbruch des Oberhausener
 Konsumvereins zu tun. Weiß der „Vergnappung“ nicht, daß auch anderswo
 Konsumvereine zusammengebrochen, die von gut christlichen Gemeindeführern
 dirigiert werden? Der „Vergnappung“ braucht da gar nicht so weit zu
 suchen. Wir erinnern nur an den „christlichen“ Konsum in Hordhausen
 und den schmachvollen Zusammenbruch der christlichen Großkauf-
 Genossenschaft in M. Gladbach, dem Eise „christlichen“ Intelligenz“. Die
 Gewerkschaftsleitung wird doch nach ihrer eigenen Vogl die Verant-
 wortung für diese Krachs übernehmen? Oder nicht? Wenn das letztere
 der Fall ist, dann unterlasse der „Vergnappung“ seine schmutzige Kampfes-
 weise. Der es gibt nur ein: „Die du mir, so ich dir!“

Was soll aber alles das? Auf alle Fälle hat der Vergarbeiter-
 verband ein für sich. Er züchtet keine Arbeitervertreter, keine Leute
 pro, die die Interessen der Vergarbeiter mit Füssen treten. Wer sich
 innerhalb des Verbandes etwas zu schulden kommen läßt, was mit den
 Interessen der Vergarbeiter kollidiert, diese schädigt, der kann seiner
 Wege gehen, oder er muß gehen. Kann das der Gewerkschaft auch von
 sich sagen?

Dortmund. Am 5. d. M. fand im Lokale von Meyer-Ebert eine
 Delegiertenversammlung der Zeche Kaiserstuhl II statt. Der Saal war
 bis auf den letzten Platz gefüllt. Kamerad Wartels hatte das Referat
 übernommen und führte ungefähr folgendes aus: „Seit kurzer Zeit macht
 sich eine Krise im Bergbau und eine Gährung unter dem Volke bemerkbar.
 Während noch am 4. und 5. Februar im Reichstagsparlament über die
 hohe Kohlensteuer debattiert wurde, werden heute allerorts Preisrückgänge
 eingeleitet, die ohne Heraussetzung und Arbeiter entlassen. Der Lohn sei
 im vorigen Jahre durchschnittlich um 0,50 Mk. gestiegen, jedoch sei das
 kein Vergleich zu den hohen Lebensmittelpreisen und den vielen Gewinnen,
 die die Unternehmer einheimen. 18 Gesellschaften hätten in den Jahren
 1900—1908 einen Reingewinn von 783 Millionen Mark gehabt. Jeder
 Arbeiter habe im Jahr dem Unternehmer 720 Mk. Reinerwerb
 erarbeitet. Die Gewerkschaften haben im letzten Jahre allein
 14 970 789 Mk. Reingewinn erzielt, die Saperer Bergwerks-Aktion-
 Gesellschaft dahingegen im letzten Jahre 11 Millionen Mark.
 Neben meist an Hand von Zahlen, nach, daß der Verdienst der Unter-
 nehmer in den letzten drei Jahren um 67 Proz., das Einkommen der
 Arbeiter aber nur um 11 Proz. gestiegen ist. Die Firma Hüsch sei im
 Jahre 1878 gegründet. Damals seien zunächst acht Prozent Dividende
 verteilt, während im Jahre 1907 18 Prozent verteilt werden konnten,
 das Vermögen dieser Gesellschaft sei enorm gestiegen, ebenfalls der
 Referendons usw. Wie leicht die Unternehmer oftmals Millionen ge-
 winnen, ohne den Finger krümmen zu müssen, dafür führt Redner ver-
 schiedene Beispiele an. Unter anderem habe die Gesellschaft „Eckelung“
 im Jahre 1905 einige Kohlenfelder verkauft und hierfür 35 Millionen
 Mark erhalten. An Dividenden habe diese Gesellschaft bei Gröndung
 im Jahre 1895 fünf Prozent, 1904 aber 100 Proz., und in den Jahren
 1905—1907 je 500 Prozent verteilt können. Wo bleiben da die Arbeiter
 mit ihren 10—11 Prozent? Redner weist ferner nach, daß in diesem
 Jahre die Löhne um 48 Pfg. gefallen, das Getreide aber stetig gestiegen
 sei. So sei der Weizen z. B. im Preise sehr gestiegen, während in
 Oesterreich-Ungarn die Preise um 25 bis 31 Proz. gesunken seien. In
 der Diskussion klagten die Kameraden über die auf „Kaiserstuhl II“
 bestehenden Mißstände. Besonders fehle es häufig an Holz, so daß die
 Kameraden unter großer Gefahr oftmals ihre Arbeit verrichten müßten.
 Auch mangelte es dort an Traqahafen und sei die Verriegelung an vielen
 Betriebspunkten sehr mangelhaft. Ebenfalls sollen keine geeigneten
 Fahrwege vorhanden und, soweit solche vorhanden sind, in diese keine
 Schuttnieten angebracht sein, so daß bei Unglücksfällen man sich nicht
 helfen könne. Ferner wurde gerügt, daß die Schichtzeit künstlich in die
 Länge gezogen und bei der Beförderung die Seilbahn zu früh in
 Bewegung gesetzt würde, so daß man oftmals nicht ein noch aus wisse,
 besonders da man sein Gezehe noch mit durch die Seilbahn schleppen
 müsse. Des ferneren wurde noch Beschwerde geführt über das lange
 Warten beim Abholen der Kohlen durch die Fuhrleute, über die schlechte
 Wäsche, sowie über unregelmäßige Lohnzahlung. Von den Ausfüh-
 rungsmitgliedern war keines erschienen, ein Zeichen, daß ihre „Leuglichkeit“
 nicht bestritten werden kann.

Sieglingshofen. Wir haben es herzlich weit gebracht. Am Sonntag
 den 5. April sollte unsere monatliche Zahlstellen-Versammlung statt-
 finden, aber wegen zu schwachen Besuch konnte dieselbe nicht abgehalten
 werden. Obwohl genug Mitglieder auf der Regelbahn und in der
 Wirtschaft waren, hatten sich nur 360 doch nur ganze neun Mann zur
 Versammlung eingefunden. Wir fragen hiermit an; halten es die Mit-
 glieder von Sieglingshofen denn nicht mehr für erforderlich, in einer so
 kritischen Zeit wie heute, in den Versammlungen zu erscheinen, oder geht
 das Stat- und Regelspiel, was sich viele als Hauptaufgabe gefast haben,
 vor den Versammlungen? Wir wollen gewiß keinem das Vergnügen
 rauben, aber wir sind doch der Meinung, daß damit solange
 gewartet werden könnte, bis die Versammlungen beendet sind. War
 es nicht beschämend für Sieglingshofen, daß als im Monat Februar der
 Kamerad Götte Bericht erstatten wollte über seine Tätigkeit im Berg-
 werksbezirk, der Vortrag wegen zu schwachen Besuch zurückgeschickt
 werden mußte? Kameraden! erwidert doch endlich an, daß ihr noch
 lange eure Pflicht nicht erfüllt habt, wenn ihr euren Beitrag zahlt.
 Bewiß gilt das auch als erste Pflicht. Aber wer ein wirkliches Verbands-
 mitglied sein will, muß auch unermüßlich für den Verband tätig sein,
 demselben neue Mitglieder zuführen und mindestens die Versammlungen
 besuchen. Denn nur durch gegenseitige Aufklärung werden wir weiter
 kommen.

Gelsenkirchen. In der Nr. 14 des „Vergnappung“ befindet sich
 ein Versammlungsbericht von einer in Bismarck-West stattgefundenen
 Gewerkschaftsversammlung. Da dieser Bericht die Tatsachen getreue
 auf den Kopf stellt, sind wir gezwungen, einiges dazu zu sagen. In
 dem Vergnappungsbericht wird zunächst gesagt, Steiger habe über das
 Zwangsstatut und die Knappheitsinterpellation im Reichstage gesprochen.
 Dabei hat er über das Zwangsstatut wenig oder gar nichts gesagt.
 Wo etwas in seiner Rede vom Zwangsstatut gesagt wurde, da war es
 höchstens nur das Wort Zwangsstatut. Um recht gelebt zu erscheinen
 veruchte Steiger einen geschäftlichen Rückblick auf das Knappheitsstatut
 zu werfen. Wir können aber versichern, daß der geschäftliche Rückblick
 auch danach war. Dann redete er über die vom Gewerkschaften gestellten
 Abänderungsanträge und zu den Satzungen. Natürlich sagte er nicht,
 daß die Gewerkschaften diese erst dann einreichen, als es bereits
 zu spät war. Nun ging es in der von den M. Gladbacher Zöglingen

a la Steiger gewohntem Art und Weise über Hue her. Hue habe durch
 seine Reichstagsrede die Bergarbeiterinteressen geschädigt und verleiht
 mehr. Damit wurde das Knappheitsstatut verlassen und über den
 Oberhausener Konsum, Ausschlag und Entlassung Spaniol und Feinen
 aus dem Verband, über Besenverband, über die starken Uebertreite von
 Verbandsmitgliedern zum Gewerkschaft in Oberhausener Revier geredet.
 So ging es denn bis zum Schluß. Die hauptsächlichsten Ausführungen
 Steigers bestanden aus dem Wort „Kameraden“. Brachte er es doch
 fertig, in zehn Minuten nach genauer Beobachtung nicht mehr wie
 37mal das Wort Kameraden zu gebrauchen. Nun hat Steiger 1 1/2 Stunde
 gesprochen und hat danach in dieser Zeit mindestens 333mal Kameraden
 gesagt. Nach dem Vergnappungsbericht aber hat Steiger über das Zwangs-
 statut und die Knappheitsinterpellation gesprochen. Wir bebauern,
 daß nur 41 Kameraden insgesamt in der Versammlung waren, die den
 referierten Erguß über obiges Thema gehört haben. Nun zum anderen
 Teil des Berichtes. In diesem wird gesagt, Wölfler sei anwesend. Wer
 rückt nicht alle aus bei den M. Gladbacher Zentrumsabteilungen? Vor
 dem kleinsten M. Gladbacher Klüßer streichen bekanntlich auch die
 Bedeutendsten Köpfe die Segel, vor ihrem historisch gewordenen Blatensack
 hält niemand stand. Die halbe Stunde Redezeit, die Wölfler zunächst
 hatte, benutzte er dazu, um die Haltung des Gewerkschafts und der
 Deputation ins richtige Licht zu setzen. Daß dieses den Herren nicht
 gefiel, bewies die fortgesetzten Zwischenrufe und Unterbrechungen.
 Nachdem diese Zeit verflohen war, konnte Wölfler noch einige Minuten
 sprechen, aber ohne Unterbrechung ging es nicht. Wölfler eruchte, man
 möge ihm doch noch zu den von Steiger gegen den Verband erhobenen
 Vorwürfen sprechen lassen. Die Versammlungsbesucher waren dazu geneigt,
 aber die Herren Walter und Steiger waren damit nicht einverstanden.
 Es wurde ihm einfach das Wort entzogen und Walter erstickt. Nach
 dieser Vergewaltigung noch im Saale zu bleiben hatten unsere Kameraden
 keine Ursache. Die Feigheit dieser Herren offenbart sich ja schon in der
 Beschränkung der Redezeit und schließlich in der Wortentziehung. Wir
 sind zu jeder Zeit bereit, diesen Vögelchen Rede und Antwort zu stehen,
 nur lasse man uns ausprechen. Herr Steiger kann sich hierüber
 erkundigen bei seinem Freunde Thielen, Oberhausen. Der kann ihm
 darüber ein Viechen singen. Doch lassen wir dem Herrn das Vergnügen
 der „Unbesiegbareit“ gleich Ritter Faust. Wölfler gegen den erhobenen
 Vorwurf zu verteidigen, er habe nur gestreift im Jahre 1905, um an-
 gestellt zu werden beim Verbands, diese Zeit verschwendet.

Sontrop. Am Dienstag mittag, den 7. April, hatten die Arbeiter
 der Zeche Fröhliche Morgensohle ein seltenes Gedaußpiel. Es wurde
 nämlich zwei Arbeitern, die sich an der Befreiung des Hauers Oberst,
 der sich beim Weilerbruch in's Unkenntnis geflüchtet hatte, mitgearbeitet
 hatten, die Weiballe für Rettung aus Lebensgefahr in feierlichem Akt
 überreicht. Es waren die beiden Hauer Robert Vogt aus Sontrop, der
 Bruder des Steigers Vogt von obiger Zeche und der Hauer Jos. Gräßhoff
 aus Westerbeld. Der ganze Generalstab, vom Bergbaupraktanten bis zum
 Einfahrer, war vertreten, geschmückt mit Federbusch, Leder und Degen.
 Man wurde unwillkürlich an die alte Vergamnischerlichkeit erinnert.
 Es wurden Worte an die Belegschaft gerichtet, in gleicher Hinsicht bei
 drohender Gefahr für ihre Kameraden, Arbeitgeber, Kaiser und Vaterland
 einzutreten und das Band der Liebe für Eltern in jeder Weise zu fördern.
 Worte sind ja bekanntlich billig und kosten dem Spender nichts als ein
 wenig geistige Anstrengung. Wir sind grunßtätliche Gegner deartiger
 Dekorationen, die keinen Pfennig einbringen. Wir stehen auf dem Stand-
 punkt, daß jeder Arbeiter verpflichtet ist, mit Einsetzung des eigenen
 Lebens für die Rettung seiner Mitmenschen einzutreten. Es bedarf also
 keiner Mahnung von dieser Seite, dies wurde seitens der Arbeiterchaft
 unzählige Male bewiesen. Wir erinnern nur an Joh. Kr. für uns
 drängt sich die Frage auf, warum wurden gerade diese beiden Hauere
 dekoriert? Warum bekommen nicht alle Arbeiter, die in gleicher Weise
 an der Rettung ihrer Mitmenschen teilgenommen haben, eine Auszeichnung?
 Sollte diesmal die Vorlegung glückiger gewesen sein? Uns scheint, daß
 die Natur den Verhältnissen Rechnung getragen hat.

Oberhausen. Der „Vergnappung“ verfallt immer mehr aus einem
 Extrem ins andere. Seit seinem Bestehen sucht er Krampfhaft in jeder
 Nummer erneut zu beweisen, daß unser Verband sozialdemokratisch
 sei und daß die Sozialdemokratie den völligen Umsturz alles Bestehenden
 erstrebe. Das hindert ihn jedoch nicht, gelegentlich auch zu behaupten,
 unser Verband sei ein Besenverband. Sozialdemokratischer Ver-
 band, Umsturz alles Bestehenden, Besenverband. Das sind
 allerdings drei Dinge, die zusammenpassen, wie die Faust
 aufs Auge. Aber das stört den „Vergnappung“ nicht im
 geringsten, er übt seine ergötlichen Gehirnverrenkungen zur
 allgemeinen Erheiterung unbedenklich weiter. Nun er muß
 ja am besten wissen, wie er seine Leser einzufangen hat. Zur Abwechslung
 führt der „Vergnappung“ in seiner Nr. 11 wieder einmal unter dem viel-
 versprechenden Titel — Endlich Licht — den Verweis, daß unser
 Verband ein Besenverband ist. Bei der Vertreterwahl zur Unter-
 stützungsliste auf Zeche Westende erlitt der Gewerkschaft ein kläglichen
 Heroinfall und um diese Blamage zu verdecken, sucht nun der „Vergnappung“
 den Sieg des Verbandes als Besensieg hinzustellen und beruft
 sich dabei auf eine Meldung der „Niederheinischen Arbeiter-Zeitung“.
 Diese Meldung wurde nun von der genannten Zeitung, in ihrer Nr.
 81 wie folgt, richtig gestellt:

„In unserer Nr. 48 vom 28. Februar brachten wir über das
 Resultat der Krankenkassenvertreterwahl von Zeche Westende eine
 Notiz, worin irrtümlich der Verbandskandidat Lange auch als Besen-
 kandidant bezeichnet war. Diese Bezeichnung ist nicht richtig. Der
 Sachverhalt ist folgender: Seit Bestehen der Kasse ist Lange Ver-
 bandsmitglied derselben und hat stets seine volle Pflicht und
 Schulpflicht in Interesse der Bergarbeiter getan. Zudem ist er einer
 der ältesten Verbandsmitglieder und haben ihn die Verbandskameraden
 in einer öffentlichen Versammlung in Oberhausen darum auch ein-
 stimmig als Verbandskandidaten wieder aufgestellt. Wenn nun die
 Zeche Lange ebenfalls auf ihre Liste übernommen hat, so war das
 nur ein Huger Trick, um dadurch den Besenkandidaten zum Siege zu
 verhelfen, was ihr jedoch nicht gelungen ist. Lange ist unter der
 Belegschaft beliebt, daß neben ihm kein anderer Kandidat in
 Frage kommt. Das wußte die Zeche sehr gut und suchte aus diesem
 Umstand Kapital zu schlagen, indem sie Lange mit auf die Besenliste
 setzte. Lange hat aber dazu seine Einwilligung nicht gegeben und
 verwahrt sich ganz entschieden dagegen, Besenkandidat zu sein. Wie
 wenig der Zeche ihr übriges sehr unehöner Trick mißte, beweist das
 Resultat der Abstimmung. Es erhielten die Verbandskandidaten:
 Lange 129, van Bert 128, Sevensch 120 Stimmen. Die Gewerkschafts-
 kandidaten erhielten: Lindrichs 83, Heimolshöck 84 und
 Kranssberg 82 Stimmen. So der Sachverhalt. Die unangenehme
 Verwechslung beruht also auf einem im ersten Augenblick nicht
 beachteten Trick der Besenseite. Daß der „Vergnappung“ in seiner
 Methode die Notiz sofort aufgreifen und daß die
 Agitatoren des Gewerkschafts den „fetten Sappen“ ebenfalls weidlich
 auszuüben würden, war vorauszusetzen. Aber daß der Irrtum, der
 unsere Begnern als solcher ebenfalls erkennbar war, in demagogischer
 Weise ausgenutzt wird, um den Vergarbeiterverband als Besenver-
 band anzukreiden, das ist denn doch der Gipfel der Unverfrorenheit.
 Wie armüßlich muß es doch mit dem geringen Mißbrauch dieser Ver-
 käufer des M. Gladbacher Christentums bestellt sein, daß sie zu solchen
 kläglichen Mitteln greifen müssen!“

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Ein christlicher Lügenpeter!

Gefle mer, kann, denn das Geld ist groß! Unter diesem Titel
 erklärt der „christliche“ Bezirksleiter für das Burmevier Parich in der
 letzten Nummer des „Vergnappung“ eine Notiz, die soviel Lügen als
 Feilen enthält. Wir haben schon zu oft Parich und seinem Ungehörigen
 begreiflich gemacht, welche Haltung Verband und Gewerkschaft in der
 hiesigen Knappheitsfrage eingenommen haben. Wir scheuten ihnen
 eine nochmalige Wiederholung an dieser Stelle. Dann aber kommt Parich
 auf eine Gewerkschaftsversammlung zu sprechen, die am Sonntag den
 28. März in Aachen stattfand. Zu dieser Gewerkschaftsversammlung
 waren die christlichen Gewerkschaftsführer eingeladen, aber nicht erschienen.
 Dahingegen veröffentlichte Herr Parich in „Machener Volksfreund“ einen
 Brief, den er seinen Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes
 zugestellt hatte. Er lehnt in diesem Brief sein Erscheinen in den
 hiesigen Versammlungen mit der Motivierung ab, daß er sich nicht
 niederbrüllen lassen wolle, daß eine Auseinandersetzung mit Potorny
 keinen Zweck habe, weil in der „Vergarbeiterzeitung“ zugegeben worden
 sei, daß man nach Ansicht Potorny's nicht eintreten dürfe, sondern
 unter allen Umständen schweigen müsse.“ Wir brauchen nicht besonders
 hervorzuheben, daß das Zitat von Parich nach der ihm zuge-
 schickten christlichen Muster-Fassung ist und wir haben Herrn Parich
 durch ein Flugblatt, das im Laufe der vergangenen Woche noch im
 Burmevier verbreitet wurde, die geschriebene Kennzeichnung zuteil werden
 lassen. Dann teilt Parich mit, daß Potorny in der Machener Versammlung
 über das Thema: Welche Verwandtschaft besteht zwischen christlichen und

